Montag, den 22. Februar 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 44

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,08 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3541.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Vorstoß gegen die Verfassung.

Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstag den Antrag eingebracht, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Reichsverfassung auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen einer Revision unterzieht und zwar u. a. in der Richtung:

1. daß Artikel 54 aufgehoben oder mindestens im Sinne der Stärkung der Regierungsgewalt wesentlich abgeändert wird;
2. daß neben dem Reichstag als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung eine Körperschaft eingeschaltet wird, deren Mitglieder nicht im Wege allgemeiner und direkter Wahlen bestellt werden.

* * *

Dieser Vorstoß der Deutschnationalen gegen die Weimarer Verfassung kommt gerade zur rechten Zeit, um diejenigen aufzurütteln, die die Republik bereits für gesichert halten und ihre reaktionären Feinde „ausgesöhnt" glauben. Die Forderungen der Partei Westarp sind an Unverschämtheit schwer zu überbieten. Artikel 54 der Reichsverfassung bestimmt, daß Reichskanzler und Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen, enthält also die entscheidende Sicherung der parlamentarischen Demokratie. Die Deutschnationalen wollen mit der Aufhebung dieses Artikels den Reichstag wieder zu der unwürdigen Machtlosigkeit und dem bloßen Rederecht der Vorkriegszeit zurückdrücken. Sie wollen aber außerdem noch ein „Oberhaus" darüber setzen, das überhaupt nicht aus Wahlen hervorgeht, sondern offenbar ähnlich gedacht wird wie das einstige Preußische Herrenhaus, dessen Sitze zum Teil Prinzen und Hochadligen im Erbgang zufielen, teils Vertretern privilegierter Stände oder vom Monarchen ernannten Leuten gehörten.

Wenn die Deutschnationalen die Aussichten ihres Vorstoßes für gut hielten, würden sie ihre volksfeindlichen Ziele kaum so offen dargestellt haben. Als nach Hindenburgs Wahl zum Präsidenten der damalige deutschnationale Innenminister Schiele den Umbau der Verfassung in Fluß zu bringen suchte, schlugen sie einen Verfassungsausschuß nur zur „Prüfung" der Frage vor, inwieweit „tatsächliche" Aenderungen (durch Anwendung des Artikels 48 und ähnliches) mit dem Wortlaut des Verfassungsbuchstabens in Einklang gebracht werden müßten. Eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Zentrum lehnte diesen versteckten Vorstoß gegen die demokratische Republik ab. Jetzt, nach dem Ausscheiden aus der Reichsregierung und dem Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik brauchen die um Westarp und Freytagh-Loringhoven offenbar derbere Kost für ihre mißvergnügten Anhänger. Daher der entschlossene Versuch, die Geschichte nicht nur über den November 1918, sondern sogar über den zuletzt bereits im Kaiserreich geschaffenen Zustand hinaus zurückzurevidieren. Bestand ja seit dem Oktober vorher bereits ein vom Kaiser verkündetes Gesetz, nach dem der Reichskanzler zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfe.

Aussicht auf unmittelbaren Erfolg hat der neue deutschnationale Antrag natürlich noch weniger als der letzte Vorstoß Schieles. Immerhin dürfte reine Demagogie, also Ablenkung der Wähler von der verunglückten deutschnationalen Wirtschaftspolitik, doch nicht sein einziges Ziel sein. Bei der Ablehnung des Schieleschen Vorstoßes stand nämlich auch die Deutsche Volkspartei auf seiten der Republikgegner. Heute sitzt sie ohne die Deutschnationalen in der Regierung mit den Demokraten. Macht sie im Gegensatz zu ihren jetzigen Koalitionsgenossen den neuen deutschnationalen Vorstoß wieder mit, so schafft das Sprünge in der Regierung der Mittelparteien. Wir Sozialdemokraten können dabei zunächst ruhig zusehen, da zur parlamentarischen Abwehr von Verfassungsänderungen ja bekanntlich ein Drittel der Reichstagsstimmen genügt, über die die proletarische Linke auch ohne jede bürgerliche Unterstützung verfügt, wenn sie einig ist und die im Fall einer doktrinären Anwandlung der Kommunisten auch Sozialdemokraten und Demokraten zusammen aufbringen.

Der Bundestag des Reichsbanners.

Hamburg, 21. Februar. (Eigener Drahtbericht). Der Bundestag des Reichsbanners erreichte seinen Höhepunkt mit der am Sonntag erfolgten großen Kundgebung auf dem Lübeckertor-Feld. Hier erst wurde offenbar, welche ungeheure Beteiligung der Bundestag des Reichsbanners aufzuweisen hat. Alle Erwartungen wurden übertroffen. Man hatte nach den Voranmeldungen mit etwa 30 000 auswärtigen Teilnehmern gerechnet, und jetzt mußte man feststellen, daß weit über 100 000 Reichsbanner-Kameraden, ungefähr das Vierfache, aufmarschiert waren.

Um 11 Uhr trafen die ersten großen Züge auf dem Platz ein und nahmen sofort in dicht geschlossenen Formationen Aufstellung. Die breiten Zufahrtstraßen waren trotz des berüchtigten Hamburger Schmuddelwetters von einer überaus zahlreichen Volksmenge besetzt, die stundenlang ausharrte, um die anmarschierenden Züge zu sehen. Ueber zwei Stunden dauerte der Aufmarsch. Das Lübeckertor-Feld bot einen imposanten Anblick. Tausende von schwarz-rot-goldenen Fahnen und Bannern leuchteten über das Feld. Um 1½ Uhr nahm die ungeheuere Menge Front zum Vorbeimarsch der Ehrenhundertmannschaften mit den Bundesbannern, zahlreichen 48er Fahnen und den 500 Oesterreichern. Gewaltige Freiheit-Rufe brausten den österreichischen Kameraden entgegen, die vor der Front Aufstellung nahmen. Die Begrüßung erfolgte durch den Bundesvorsitzenden Genossen Hörsing. Seine Rede wurde durch riesige Lautsprecher auch den Fernstehenden verständlich gemacht. Sie klang aus in den Worten: „Erziehen wir Deutschlands Männer und Jünglinge zu guten Republikanern, machen wir allen unseren Kameraden den Wert der politischen Organisation klar, den gewerkschaftlich organisationsfähigen den Wert der Gewerkschaften. Erst dann, wenn alle den Gewerkschaften und den politischen Parteien sowie dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" angehören, wird die Republik fest wie eine Mauer stehen! Das sei im neuen Jahre unser Weg und unser Ziel!"

Von brausendem Beifall begrüßt, nahm dann der Reichstagspräsident Genosse Löbe das Wort. Er gedachte unter anderem des ersten Mannes der Republik; Friedrich Ebert sei zwar gefallen, aber das Banner blieb stehen — auch als der neue Mann, Hindenburg, kam. (Brausender Beifall). An den Händen derer, die der Republik zu Leibe wollten, klebt viel Blut. Aus diesen Händen müssen wir die deutsche Jugend lösen, die ein ehrlicher Idealismus auf falsche Wege geführt hat. — Staatsminister Dr. Weber-Dessau (Dem.) schilderte den Zusammenbruch des morschen monarchistischen Systems, den Aufbau der Republik und feierte das Reichsbanner als eine Organisation, die allen reaktionären Bestrebungen Trotz bietet. — Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer (Ztr.) würdigte die Verdienste Hörsings um den Aufbau des Reichsbanners und forderte ebenfalls den Ausbau der Republik zum sozialen Volksstaat. Schließlich nahm Bürgermeister Pichler-Wien das Wort. Er schilderte die Kämpfe der österreichischen Republik und tat den Willen zum Großdeutschland unter begeistertem Beifall kund. Als er geendet hatte, ertönte das Signal zum Ab- und Vorbeimarsch.

Unter Anführung der Oesterreicher ging es nach dem Stadtteil St. Georg zum 1 Kilometer langen Steindamm, wo ein Podium für den Bundesvorstand errichtet war. Um den Vorbeimarsch abzukürzen, waren Achterreihen angeordnet. Zehnerreihen wurden aber gebildet, und trotzdem passierten die letzten Gruppen erst nach 5 Uhr abends das Bundesbanner. Fast drei Stunden hatte der Bundesvorstand immer wieder den Gauen und Ortsvereinen Grüße zu entbieten. Fenster und Dächer waren belagert, so daß zur Gewißheit wurde, daß dieser Sonntag in Hamburg ein Ereignis in der Geschichte des Reichsbanners war.

* * *

Der großen öffentlichen Kundgebung darauf ging am Sonntag vormittag um 10 Uhr der offizielle Festakt in einem der größten Säle Hamburgs. Unter den Ehrengästen war mancher bekannte Führer der republikanischen Parteien und der Gewerkschaften zu sehen. Ein großes Orchester spielte einleitend die Ouvertüre zu „Euryanthe" von Carl Maria von Weber. Dann begrüßte Bürgermeister Dr. Karl Petersen die Festversammlung und den Bundestag im Namen des Hamburger Senats. Gauvorsitzender, Senator Genosse Eisenbarth entbot den Gästen die Grüße des Gaues Hamburg, Bremen, Nordhannover. Bundesvorsitzender Oberpräsident Genosse Otto Hörsing zeichnete in seiner Rede die bedeutsamsten Geschehnisse während des letzten Jahres in der Deutschen Republik und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Mit großem Beifall wurde seine Mitteilung aufgenommen, daß das Reichsbanner seine Mitgliederzahl im letzten Jahre um eine halbe Million erhöhen konnte.

Mit großem Beifall wurde dann Ministerpräsident Genosse Otto Braun empfangen. Er sprach dem Reichsbanner seine Glückwünsche aus und konnte feststellen, daß die Entwicklung die Notwendigkeit und Lebensfähigkeit dieser Organisation schlagend bewiesen habe. Er wies unter anderem auf die Gefahren hin, die der Deutschen Republik noch drohen. Als kennzeichnend nannte er die Fememorde. Im Hinblick auf diese dunklen Erscheinungen rief Otto Braun mit erhobener Stimme in den Saal: „Leider — und ich unterstreiche dieses Leider als Leiter der Staatsgeschäfte Preußens — gibt es in Deutschland einzelne Organe, die sich als Träger der Rechtspflege schützend vor die Fememörder stellen und so verhindern, daß im Interesse des Staates in diese dunklen Machenschaften hineingeleuchtet wird!" — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Otto Braun von den schwarz-weiß-roten Fahnen als dem geschichtlichen Attribut einer überwundenen Zeit; nur als solche achten wir sie. Mit Schwarz-Rot-Gold sei ein neues Zeitalter angebrochen. Da sei es umso grotesker, daß jetzt von einer Abfindung der Fürsten geredet würde. Mit Nachdruck müsse er aussprechen, daß das deutsche Volk nichts abzufinden habe. Die Fürsten hätten sich abzufinden damit, daß ihre Herrschaft vorbei sei. Sie hätten sich abzufinden damit, daß die Zeit vorüber sei, wo Fürsten und Fürstenknechte auf Kosten des Volkes üppig leben konnten.

Mit einem Appell an das Reichsbanner, seine große Mission in der Gestaltung der einheitlichen und freien großdeutschen Republik zu erkennen, rief Otto Braun den immer wieder neu aufbrausenden Beifall der imposanten Festversammlung hervor. Es sprachen dann noch der demokratische preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und der badische Finanzminister Dr. Koehler, Karlsruhe, ein Zentrumsmann. Mit dem Gesang von Brögers Republikaner-Hymne durch den Volkschor Barmbeck war das Festprogramm erledigt. Ein kurzes Dankwort Otto Hörsings schloß sich an. Dann stimmte die Versammlung ein in ein Hoch auf das deutsche Vaterland. Stehend wurde die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Der offizielle Festakt war beendet.

Am Sonnabend fand in Altona zu Ehren des preußischen Ministerpräsidenten eine große Kundgebung statt. Außerdem sprachen in zwölf überfüllten Versammlungen führende Republikaner. Auch der Begrüßungsabend für die Oesterreicher im Gewerkschaftshaus ging unter starker Beteiligung der Bevölkerung vor sich.

Am 1. April „nur" 92%.

Friedensmiete „erst" am 1. Juli. — Ein weitergehender Antrag der Sozialdemokratie abgelehnt. — Die Deutschnationalen für eine neue Liebesgabe an die Hausbesitzer.

Die Beratung des Antrags der Sozialdemokratie auf Hinausschiebung des Termins zur Einführung der Friedensmiete bis zum 1. April 1927 fand am Sonnabend im Steuerausschuß des Reichstags statt. Die Reichsregierung ließ dabei durch den Finanzminister Dr. Reinhold erklären, daß sie an dem im Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Termin vom 1. April 1926 festhalten müsse, da der Finanzausgleich mit den Ländern auf der Einführung der Friedensmiete basiere. Auch laufe man Gefahr, daß eine Verzögerung in der Erreichung der Friedensmiete der Durchführung des Wohnungsbauprogramms große Schwierigkeiten bereite. Die Reichsregierung verkenne allerdings nicht, daß die augenblickliche Not großer Volksschichten der sprunghaften Erhöhung der Friedensmiete große Hemmnisse in den Weg lege. Das sei besonders in denjenigen Ländern der Fall, wo man gegenwärtig mit der Miete weit unter 100 Prozent stehe. So habe Preußen erst 84, Baden 85, Sachsen 87 Prozent der Friedensmiete erreicht. Wolle und könne man den Sprung auf 100 Prozent nicht sofort machen, so sei höchstens eine kurze Hinausschiebung des Termins möglich. Auch die Vertreter der Länder hoben ihre Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag hervor, jedoch mußten auch sie anerkennen, daß es keinesfalls leicht sei, bis zum 1. April überall die Friedensmiete zu erreichen und daß eine kurzfristige Verschiebung dieses Termins keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten werde.

Die Versuche der Sozialdemokratie, eine Mehrheit für den Antrag auf Hinausschiebung der Friedensmiete bis 1. April 1927 zu erreichen, waren erfolglos. Die Deutschnationalen ließen auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne zu einer plumpen Demagogie zu greifen. Sie brachten einen Antrag, die Hauszinssteuer überhaupt zu beseitigen und nur eine Wohnbauabgabe von 20 Prozent zu erheben. Dieser Antrag bedeutet, daß der Anteil der Hausbesitzer von etwa 60 Prozent der Miete auf 80 Prozent erhöht wird, sodaß sie einen Riesengewinn auf Kosten der Mieter erzielen würden. Durch einen Federstrich erzielten sie eine jährliche Zuwendung von rund einer Milliarde Mark. Im Prinzip erklärte sich auch die Deutsche Volkspartei durch den berüchtigten Dr. Becker-Hessen für diesen Antrag! Die Mehrheit aber, die den Trick durchschaute, lehnte eine sofortige Abstimmung über diesen Antrag ab, der ein neues Beispiel dafür ist, daß die Deutschnationalen außerhalb der Regierung das verdammen, was sie innerhalb der Regierung angebetet haben.

Nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags gelangte ein Zentrumsantrag zur Annahme, der den Termin für die Erreichung der Friedensmiete auf den 1. Juli 1926 hinausschiebt. Damit ist denjenigen Ländern, die die Friedensmiete noch nicht erreicht haben, die Möglichkeit gegeben, nach ihrem eigenen Ermessen den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem die Friedensmiete erreicht wird. Es ist anzunehmen, daß infolgedessen wohl auch in Preußen die Friedensmiete erst mit dem 1. Juli 1926 in Kraft tritt.

* * *

Die Hinausschiebung des Termins für die Einführung der Friedensmiete bedeutet für Preußen, dessen neue Hauszinssteuer auf der Voraussetzung aufgebaut ist, daß am 1. April bereits die Friedensmiete erreicht wird, eine Verzögerung in der Bereitstellung der aus der Hauszinssteuer zu entnehmenden Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues. Um nun die Belebung der Bautätigkeit nicht unter der Verschiebung des Termins für die Einführung der Friedensmiete leiden zu lassen, geht sofort ein Vorschuß in Höhe von 25 Millionen zur Verteilung an die Regierungspräsidenten und ein solcher von 50 Millionen an die Gemeinden. Nach dem Wegfall des Zwanges, die Friedensmiete bis zum 1. April einzuführen, haben nun die Länder zu bestimmen, in welchem Tempo sie die Friedensmiete bis zum 1. Juli einführen wollen. Preußen hat die Absicht, nunmehr die Friedensmiete ab 1. April von 84 Prozent auf 92 Prozent festzusetzen. Aehnlich dürften die meisten übrigen Länder verfahren, in welchen bis jetzt erst 84 oder 88 Prozent erreicht sind. Bayern hat bereits am 1. Februar die Miete von 85 auf 97 Prozent gesteigert.

Der Anschluß Oesterreichs und die französische Sozialdemokratie.

Von Dr. Karl Renner, Wien.

Paul Boncour, der französische Sozialdemokrat, veröffentlicht in der Februarnummer der „Europäischen Revue" einen Aufsatz über den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. Stimmen aus diesem Lager über das Problem, das jeden Deutschen bewegt, sind selten; denn unsere französische Bruderpartei ist mit den inneren Aufgaben des eigenen Landes wahrhaftig übergenug beschäftigt. Es ist also nicht verwunderlich, daß die französische Sozialdemokratie zur österreichischen Anschlußfrage offiziell noch nicht Stellung genommen hat. Um so dankenswerter ist es zu hören, wie ein führender Mann dieser Partei für seine Person denkt.

Boncour sieht nach meiner Auffassung das Problem ganz ungeschichtlich an. Er sagt:

„Man spricht in Oesterreich deutsch, man gehört der deutschen Rasse an." Diese Tatsachen werden hingestellt etwa so, wie man von den französischen Bewohnern von Kanada als Franzosen sprechen könnte. Die historische Wahrheit ist vielmehr: Seit 970 ist das heutige Oesterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches und des späteren Deutschen Bundes — mit Ausnahme der kurzen Zeit von 1866—1918. Es hatte sogar von 1438 bis 1804, so lange die Habsburger die Kaiser des Deutschen Reiches waren, die Führung Deutschlands inne. Man vergißt, daß also Wien durch viele hundert Jahre die deutsche Kaiserstadt schlechtweg war, wie Paris die Hauptstadt Frankreichs. Aber auch noch vom Jahre 1815 bis 1866 war Wien die erste Stadt Deutschlands, Oesterreich ein deutscher Bundesstaat und nichts weiter, die magyarischen, slawischen und italienischen Besitzungen waren zwar ein Stück der Hausmacht der Habsburger, aber kein Besitztum der deutschen Alpenländer; Wien und die deutschen Alpenländer haben sich mit Ausnahme der zweiten Hälfte der Regierung Franz Josefs I. nie als etwas anderes gefühlt, denn als einen wesentlichen Teil Deutschlands.

Der Dreibund hatte Deutschösterreich und Deutschland einander nicht „näherzubringen", als sie immer gewesen waren, wie Boncour meint; im Gegenteil, er wurde von den Deutschen Oesterreichs nur als ein einstweiliger schwacher Trost für die zwangs- und zeitweise Ausscheidung Deutschösterreichs aus dem Reiche empfunden. Die Erinnerung von Sadowa, meint Boncour, sei verwischt worden. Der Satz beweist, daß in der französischen Oeffentlichkeit die habsburgische Legende an Stelle der geschichtlichen Wahrheit getreten ist. Die Dynastie und ihr nächster Anhang von hohen Aristokraten und Kirchenfürsten, von Generalen und Bürokraten hat allerdings Sadowa als harten Schlag empfunden, hat an Revanche für Sadowa gedacht — niemals so die Völker Oesterreichs, weder die österreichischen Deutschen, die auf die Einigung des Reiches stolz waren, wenn auch tief verletzt, einstweilen außerhalb des Reiches bleiben zu müssen, noch die österreichischen Slawen, die von Sadowa erst recht die Aussicht ihrer eigenen Entwicklung zur Selbständigkeit herschreiben.

Die Franzosen kennen diese Dinge zumeist nicht und beurteilen sie darum so, wie es ihnen die Legende des Quai d'Orsay vorschreibt. Wenn Boncour meint, „es ist nicht erstaunlich, daß Oesterreich in seiner Not die Blicke nach Deutschland richtet", so ist auch das nur in der äußeren Erscheinung des heutigen Tages richtig, in der Sache aber anders: Oesterreich konnte im November 1918 ganz und gar nicht wissen, wie seine Grenzen, wie seine Lage nach dem fast ein Jahr später geschlossenen Frieden sein werde; Oesterreich konnte ganz und gar nicht ermessen, bis zu welcher Torheit die Balkanisierungstendenzen der Friedens-Diktatoren von St. Germain reichen werde, es hat spontan, schon um die haßvolle Verbindung mit den Magyaren und Slawen endgültig los zu werden und allen Donaukonföderationsplänen eine vollzogene Tatsache entgegen zu stellen, in der provisorischen Verfassung vom 12. November 1918 erklärt: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik". Ueber den Sinn und die Absichten dieses Beschlusses kann ich unseren französischen Genossen als kompetenter Zeuge dienen: Ich war eben als Kanzler der Republik in entscheidender Weise dabei! Und ich war es gewesen, der, um den Weltfrieden zu retten, und ein lebensmögliches Kompromiß zwischen den Nationen herzustellen, vor dem Kriege für ein Großösterreich die Verfassung der nationalen Autonomie vertreten hatte; ich als sogenannter Großösterreicher habe, da nun der Krieg doch wider meinen Willen da war und entschieden hatte, diese Uebergangsversuche als erledigt erkannt und mich freimütig zur Natur der Dinge, zur Heimkehr eines der deutschesten aller deutschen Stämme zum Reich und zur Nation nach dem kurzen Zwischenspiel von 52 Jahren (1866—1918) der Trennung bekannt. Es war also nicht die Not des Augenblicks, es war die Logik von neun Jahrhunderten Geschichte und es war zugleich auch der Geist dieses unseres Jahrhunderts:

Ja, wenn man angeblich ein neues Europa gründen wollte und gegründet hat, das auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker beruhen soll — wie konnte man sich dann dem Selbstbestimmungsrechte Oesterreichs widersetzen? Die Deutschen Oesterreichs haben das ganz selbstverständliche, von keiner augenblicklichen Not und Bedrängnis und von keiner diplomatischen Konstellation abhängige Recht, zu ihrem historischen Reich und zu ihrer Nation zu gehören.

Boncour will uns trösten: „Die zwei Wege, Anschluß oder Donaukonföderation, sind beide zurzeit gleich verschlossen — gut denn, macht Handelsverträge! Ein System von Handelsverträgen wird sicherlich eines Tages in geschmeidiger Form etwas ergeben, was auf die Idee einer Föderation zurückgreift."

Es tut mir leid, diese wohlwollende Auskunft zurückweisen zu müssen: sie ist nicht realisierbar! Die jungen nationalen Bourgeoisien der Nachfolgestaaten wollen durch Schutzzölle ihre Industrie ausbauen, ihr Verkehrswesen neu zentrieren, ihre Hauptstädte zu Haupthandelsplätzen machen, und können kraft des sacro egoismo des nationalen Chauvinismus das nicht preisgeben, was für sie in letzter Linie der Zweck der ganzen Kriegsübung war. Boncour kann mir das glauben: Mit einer halben Million guter Soldaten könnte er diese Zollgrenzen niederwerfen, aber niemals mit guten Empfehlungen. Kann sein, daß er den humanen Masaryk und den klugen, tüchtigen Benes kennt, der weiß, welche Redewendungen im Westen Kurs haben, aber er kennt weder den tschechischen Bourgeois, noch den tschechischen Bauer! Er weiß nicht, daß der erstere den Erwerbssinn eines preußischen Industriellen, der letztere den Appetit eines preußischen Junkers besitzt, wenn auch nicht in dem ganz großen Zuschnitt jener. Nicht einmal an dem Zuschnitt gebricht es bei denselben Eigenschaften der magyarischen und jugoslawischen Herrenklasse! Oesterreich kann, wie sich gezeigt hat, ohne Güterraub und ohne Banknotenfälschung von sehr wenigem leben, aber von dem Nichts dieser Utopie kann es nicht leben! Es heißt, Illusionen besitzen oder verbreiten, wenn man diese Hoffnung verbreitet. Hierzulande glaubt niemand daran.

„Weniger erstaunlich", meint Genosse Boncour, „ist es, daß Deutschland durch diese bedeutende Annexion des Südens . . . . seine Verluste im Osten und Westen wettzumachen trachtet."

Das ist falsch: Kein denkender Mensch sieht in der Heimkehr der alten Reichsländer und der alten Reichshauptstadt eine Annexion, das heißt eine militär-politische Eroberung! Und mit Recht: Gerade militärisch belasten die deutschen Alpenländer das Reich, da sie dessen Grenzen bedeutend und in gefährlicher Weise vermehren.

Andererseits hat Boncour vollkommen recht, wenn er schreibt:

„Das österreichische Problem wird in Deutschland aus einem paradoxen Gesichtswinkel betrachtet: Die Parteien der Nationalisten wollen den Anschluß am wenigsten, die Linksparteien, die für den Frieden eintreten, wollen ihn."

In der Tat: **Die Demokraten, die Friedensfreunde, die Freunde der Verständigung mit Frankreich, der Aussöhnung mit allen Nachbarn — sie wollen den Anschluß; die Nationalisten, die Kriegshetzer, die Monarchisten, die Militaristen, sie wollen ihn nicht!**

Aus begreiflichen Gründen. Zur deutschen Nation käme durch den Anschluß jener ihrer Teile dazu, der von Natur aus friedliebend und frei von Chauvinismus, sich selbst zur Demokratie durchgearbeitet hat, die Republik aufrichtig schätzt, von einem Fürstenhaus und besonders von einem Kriege mit Frankreich gar nichts wissen will, jener Teil, der von der maritimen Großmannssucht, von industriellen Weltbeherrschungsträumen meilenfern, der vor allem kontinental orientiert ist. Und diese Oesterreicher, Sozialdemokraten auf der einen Seite, Christlichsoziale auf der anderen Seite, haben sich mit den gleichgerichteten Strömungen im Deutschen Reiche in den letzten Jahren viel näher befreundet, als es nach außen hin scheinen mag.

Und darum muß ich Boncour warnen vor dem falschen Schlusse, den er macht: „Man bemerkt, daß sich die Anschlußidee eher im Rückschritt befindet." Ich warne ihn vor der trügerischen Natur der wirtschaftlichen und politischen Gründe, die er dafür anführt. Es sind nicht wirkliche Gründe, es sind Oberflächenerscheinungen des Tages, die der vielhundertjährigen Logik vergebens widerstreiten!

Die französische Sozialdemokratie ist ein bedeutsamer Faktor in der auswärtigen Politik Europas; es ist nicht einerlei, ob sie sich richtig oder falsch orientiert, ob sie Vorurteile ihrer Herrschenden übernimmt oder abtut, ob sie nach den eingeborenen Prinzipien des Sozialismus handelt oder von der Bourgeoisie deren abgetragene Kleider borgt.

Viel wichtiger handelt darin der greise Gide, der in dem französischen Genossenschaftsorgan freimütig den Gedanken vertritt:

Wenn die Oesterreicher den Anschluß wünschen, sollen sie ihn haben; niemand hat das Recht, ihnen das allernatürlichste nationale Recht zu versagen. Eine deutsche Nation mit Anschluß der Oesterreicher ist ein starker Garant für die Demokratie wie für den Frieden!

Ich hoffe, der weise Alte wird innerhalb der französischen Demokratie durchdringen.

Die Finanzpolitik der Regierung Briand sprengt das französische Linkskartell.

Paris, 22. Februar. (Eigener Funkbericht.)

In einer sozialistischen Versammlung in Chalons erklärte am Sonntag Genosse Paul Faure, Generalsekretär der Sozialistischen Partei, daß nach dem neuen Auseinanderfallen des Linkskartells in der Kammer und nach der vom Senat ausgesprochenen Billigung der Doumer'schen Vorschläge die Sozialisten in die Opposition treten werden. Schon in den nächsten Tagen werde er in einer Kundgebung die Gründe dafür darlegen. (Die im Senat angenommenen Steuern bedürfen zum größten Teil noch der Zustimmung der Kammer. Red.)

Aus dem Reiche.

Der berühmte Nationalökonom Georg Friedrich Knapp ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er hat in die wirtschaftspolitischen Kämpfe nie tätig eingegriffen, da ihm die kunstvolle historische Darstellung und gelegentliche Ausflüge in die Theorie besser lagen. Während aber seine geistreichen geldtheoretischen Arbeiten heute bereits überholt sind, haben seine Forschungen zur Geschichte der ostelbischen, vor allem auch unserer schlesischen, Landwirtschaft indirekt auch größte wirtschaftspolitische Bedeutung gewonnen. Knapp selber hat, obwohl konservativ gestimmt, erkannt, daß die Geschichte der ursprünglichen Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft und der Enteignung des freien Bauernstandes durch Großgrundbesitz und monarchischen Staat ein Stück Vorgeschichte moderner Klassenkämpfe war und daher die Sozialdemokratie als Träger dieser Klassenkämpfe noch sehr beschäftigen wurde. Im einzelnen sind seine Forschungen („Geschichte der Bauernbefreiung", „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit" usw.) durch neuere Arbeiten, vor allem von Johann Ziekursch („Hundert Jahre schlesische Agrargeschichte") überholt, die der kritiklosen Verherrlichung des Bauernschutzes der preußischen Könige ein nüchternes Ende gemacht haben. Knapps große Gesichtspunkte aber sind vor allem in der sozialistischen Agrargeschichte fortgeführt und vertieft worden, wie sie neuerdings besonders Otto Bauer („Der Kampf um Wald und Weide") gefördert hat.

Der Präsident der Reichsgetreidestelle, Merz, ist im Alter von 45 Jahren am Sonnabend gegen 4 Uhr früh an den Folgen des Schlaganfalls, den er am Freitag plötzlich im Reichstage im Anschluß an eine Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses erlitt, gestorben.

Wechsel in der Führung der Arbeitgeber. Der bisherige Geschäftsführer des Deutschen Arbeitgeberverbandes, Dr. Tänzler, der im Zusammenhang mit den an den Christlichen Landarbeiterverband zur Unterstützung des Fememörders Schulz ausgezahlten 5000 Mark eine Rolle gespielt hat, wird Ende März ebenfalls aus seiner bisherigen Stellung ausscheiden. Als Nachfolger wird der frühere Regierungspräsident in Marienwerder, Dr. Brauweiler, genannt. Brauweiler, der früher als Oppelner Regierungspräsident von den Links- und Mittelparteien bekämpft werden mußte, wurde erst kürzlich von der preußischen Staatsregierung wegen seiner Einstellung zur Republik von seinem Amt enthoben.

Die Kappisten General von Lüttwitz und Major Bischoff haben sich jetzt für die ihnen gewährte Amnestie bedankt, und zwar in Form einer Klage gegen die Republik. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Auszahlung eines Vierteljahresgehalts, auf das sie angeblich im letzten Vierteljahr vor dem Kapp-Putsch Anspruch gehabt haben. Den Einwand des Reichswehrministeriums, daß dieser Anspruch durch die Flucht der beiden Putschisten nach der Kapprevolte verwirkt ist, wird von ihnen nicht als stichhaltig anerkannt. Auch das Berliner Gericht, vor dem die Klage dieser Tage verhandelt wurde, hat sich vorläufig nicht zu der Auffassung des Reichswehrministeriums durchringen können. Es will aus lauter „Objektivität" vor der Verkündung eines Urteils noch einmal in die Prüfung des „Sachverhalts" eintreten. Es bestehen also die besten Aussichten, daß die Putschisten für das von ihnen angerichtete Unglück noch eine Belohnung in Höhe eines Vierteljahrsgehalts erhalten.

Eins.

Roman von Lawrence H. Desberry.

[10] Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

„Armer Teufel!" brummte eine Stimme.

„Ja, armer Teufel". Schließlich verlor er völlig den Kopf. Es kam zwischen ihm und Jay zu einem furchtbaren Auftritt, bei dem der arme Alte mit einem Messer auf den Fabrikdirektor losging. Jay telegraphierte an Bright, erhielt die Anweisung, John Mannischer sollte von nun an in der Fabrik arbeiten. Das war, gleichbedeutend mit einem Todesurteil.

Mit dem Revolver wurde der Alte in die Fabrik getrieben. Er mußte abgesondert von den anderen arbeiten, damit er sie nicht aufwühlen vermöge. Die lange gefängige Qual hatte seinen Organismus erschöpft, er war alt, besaß keine Widerstandskraft. Im Verlauf eines Jahres begannen sich bereits die tödlichen Wirkungen zu zeigen. Im Gehirn des Gelehrten erstarb das Gedächtnis, die Fähigkeit, zusammenhängend zu denken. Alle seine gefängen Kräfte verschwanden zu dem einzigen Verlangen: fliehen, in die Welt zurückkehren, das ungeheuerliche Verbrechen, das hier begangen wird, enthüllen.

„Ja, ja!" rief Larry Smith. „Ich erinnere mich noch, wie der arme Alte in der letzten Zeit, da er nicht mehr bewacht wurde, von einem zum anderen ging und flehte: „Hilf mir fort! Hilf mir fort!"

„Schließlich gelang es einem, eines der Boote zu stehlen, den alten Mann mit Proviant zu versorgen. In einer dunklen Nacht jagt John Mannischer aus, ins Ungewisse, höchstwahrscheinlich in den Tod. Denn nur ein Zufall konnte jedes Boot in die Nähe eines Schiffes treiben. Doch kam ihm dieser Zufall zu Hilfe. Was ich erzählen, wie der alte Mann gerettet wurde, vermag ich Euch nicht zu sagen. Jedenfalls gelangte er nach Tallahassee und teilte sein Los Bill. Aber, und das ist das Tragischste, während dieser Zeit verlor er völlig sein Gedächtnis und war nicht mehr imstande, seine Aufgabe zu erfüllen. So steht ihr hier, abgeschnitten von aller Welt, den Mördern ausgeliefert."

„Und wie kommt du her?" fragte jemand.

„Das können Euch Bill und Larry erzählen, jetzt haben wir hierzu keine Zeit. Eines möchte ich aber doch sagen: daß ich heute hier stehe, daß wir die Hoffnung auf Rettung hegen dürfen, das verdanken wir Maripcha!"

„Hoch Maripcha!" tönte es auf. „Hoch Maripcha!"

„Noch eins, Freunde. In etwa vierzehn Tagen oder drei Wochen langt ein neuer Transport an und diesmal wird er von der weißen Jacht begleitet, die uns Herrn Henry Bright in höchst eigener Person herbringt."

Der Redner vermochte in der Dunkelheit nichts zu unterscheiden, aber er glaubte zu fühlen, wie unter ihm wilde Wut die Gesichter verzerrte, wie wahnwitziger Zorn aus unzähligen Augenpaaren leuchtete und sich die Hände zu Fäusten ballten.

„Kameraden," die Stimme des Redners zitterte leicht, „ich hoffe mit Bestimmtheit, daß das erwartete Schiff uns Hilfe und Rettung bringt. Auch darüber werden Bill und Larry Euch unterrichten."

Dumpfes Murmeln lief durch die Menge, verworrene Laute mischten sich in das Rauschen der Wellen. Einzelne Worte wurden laut: „John Bright! Das Schiff!" Und noch ein Wort, das sich im Dunkel des Waldes verdichtete, gleichsam Gestalt annahm, furchtbare, drohende Fäuste hochreckte: „Rache! Rache!"

Der Redner, der müde und abgespannt von seiner flammenströmen herabsteigen wollte, wandte sich noch einmal um:

„Nicht Rache, Freunde, sondern Gerechtigkeit. Wir werden über die Mörder zu Gericht sitzen, ein Urteil fällen. Und dies ist erst der Beginn," seine Stimme schwoll mächtig an, übertönte den Lärm der Wogen, die der Morgenwind stärker gegen das Ufer trieb. „Nicht nur dieses herrliche Stück Erde, das wie zur Lust und Freude der Menschen geschaffen wurde, ist durch die Habgier und die verbrecherische Selbstsucht eines Einzelnen in eine Höllenstätte verwandelt worden, nein, die ganze Welt mit all ihrer Schönheit und ihren Glücksmöglichkeiten für alle wurde durch das kapitalistische System und dessen Verfechter und Nutznießer zur Höllenwelt für die ausgebeuteten Massen. Auch deren Gehirn und Denkkraft wurde durch gefängige Dämpfe zerstört; sie tragen den Namen Religion, Schule, Presse. Aber der Morgenwind, der vom Meere weht, zerstreut allmählich diese gefängigen Dämpfe, lässt Gehirne erwachen zum Leben, blödende Augen lernen sehen, gebeugte Nacken recken sich hoch, erschlaffte Hände greifen nach Waffen. Das Weltgericht naht. Früher lebten die Proletarier alle wie auf einer einsamen Insel, abgeschnitten voneinander, hilflos zur Ohnmacht verdammt, aber heute trägt das Schiff, von dessen Mast die rote Fahne weht, ihnen voneinander Botschaft zu, Botschaft von siegreichen Kämpfen, Botschaft auch von Niederlagen, die wieder gutgemacht werden müssen. Die proletarische Welt ist eins im Streben, im Ziel; sobald die Massen es wollen, werden sie die Feinde schlagen, werden, freilich, unter unsäglichen Mühen, aber zielsicher aus der Höllenwelt die freie, gerechte, schönheitsreiche Welt der Werktätigen schaffen!"

Der Redner sprang hinab und verschwand in der Menge.

Durch den dunklen Wald huschten eilends gespenstische Schatten.

Still und verödet lag der Steinbruch da. Immer stärker wehte der Morgenwind. Am Himmel erloschen die Sterne. Und jäh ohne Uebergang unterlag die Nacht ihrem Feind, dem Licht. Der Osten blutete glühendrot, Vögel begannen zu singen. Der Tag brach an.

Zwei Schiffe lichten die Anker.

In der Redaktion des „Minnesota Union Advocate" in St. Paul tobte eines Abends spät ein Streit. Tommy saß auf dem Schreibtisch des grauhaarigen Redakteurs, der lächelnd am Fenster stand und schrie wie ein Zaunbrecher. Jack Benson schritt ungeduldig im Zimmer auf und ab. Nun blieb er stehen und herrschte Tommy an:

„Du fährst nicht mit! Wir können nur hundert Mann unserer Kampfgarde entsenden. Da kommt es auf jeden einzelnen an. Und O'Keefe hat ausdrücklich starke Leute verlangt."

„Erstens bin ich kein Schwächling," tobte Tommy, „und außerdem habe ich ein Recht darauf, mitzufahren."

„Ein Recht?" lächelte fragend der grauhaarige Redakteur.

„Ja, Genosse," Tommy wandte sich nun hastig an ihn; vielleicht war dieser Mensch mit den gütigen blauen Augen leichter zu erweichen. „O'Keefe telegraphierte doch, daß Henry Bright in seiner Jacht den Transport begleiten werde, und . . ." Er stockte.

„Und?" fragte Jack Benson.

„Henry Bright hat Harvey ermordet," erklärte Tommy hart.

Jack Benson schüttelte den Kopf; seine Stimme klang milder als bisher; „Tommy, ich kann nicht zugeben, daß du Dummheiten machst. Ich verstehe ja vollkommen, aber . . ."

„Vergiß nicht, mein Sohn, daß dein Steckbrief bestimmt auch in Tallahassee und Tampa angehängt ist," warf der Redakteur ein. „Du würdest sofort erwischt werden."

Tommy verlegte sich aufs Bitten, aber Jack Benson blieb hart.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterfragen im Reichstag.

Die kleine Besserung der Erwerbslosenfürsorge. — Die Neuregelung für Kurzarbeiter. — Krankenkassen- und Versicherungsfragen. — Um das Schlichtungswesen.

Der **Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Lohnsteuer**, der auf einen sozialdemokratischen Antrag zurückgeht, wird nach den Beschlüssen des Ausschusses ohne Aussprache verabschiedet. — Auch das **deutsch-französische Handelsabkommen** wird in zweiter und dritter Lesung debattelos erledigt.

Es folgt die Beratung der Beschlüsse des Sozialen Ausschusses über die

Anträge zur Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung.

Abg. Dittmann (Soz.)

weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie schon bei Beginn der Krise die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung verlangt habe. Unsere damalige Voraussage, daß die Zahl der Erwerbslosen sich bald vermehren werde und daher vorsorgende Maßnahmen getroffen werden müssen, seien nicht beachtet worden. Sprunghaft sind dann die Zahlen der Erwerbslosen gestiegen, bis sie Ende Januar weit über 2 Millionen betrugen. Welche Unsumme von menschlichem Elend verbirgt sich hinter diesen Ziffern! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Dabei sind hier nur die Hauptunterstützungsempfänger berücksichtigt. Die Verhandlungen im Sozialpolitischen Ausschuß wurden immer wieder hinausgezogen, lange Zeit war nur eine geschäftsführende Regierung da, die nichts getan hat. Die **Sozialdemokratie** verlangte die Erhöhung der Unterstützungssätze

für die Hauptunterstützungsempfänger um 30 v. H.,
die Familienzuschläge um 15 v. H.,
im Höchstbezug um 15 v. H.,

ferner, daß die Unterstützung den Erwerbslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu gewähren sei. Um die Durchführung dieser Forderungen zu verhindern, erschien der Reichskanzler wiederholt in höchsteigener Person im Ausschuß. Er verhinderte sogar die Annahme der gewiß bescheidenen Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien. Für das, was jetzt vorliegt, trifft das Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut" nur in ganz bescheidenem Maße zu, es wird noch abgeschwächt durch eine jetzt vorliegende Entschließung der bürgerlichen Parteien, nach der der Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitskämpfen verhindert werden soll. (Hört! Hört!) Mit dem jetzt erreichten Ergebnis können wir uns in keiner Weise zufrieden geben. Die deutsche Krise ist nur ein Teil der europäischen Krise, die nicht isoliert von den Verhältnissen außerhalb Deutschlands gelöst werden kann. Wenn man aber jetzt so viel von der „Ankurbelung" der Wirtschaft spricht, so muß man daran denken, daß das wichtigste Glied der Wirtschaft der arbeitende Mensch ist, dessen Existenz erhalten bleiben muß. Wir verlangen, daß der Hilfe für die Erwerbslosen auch künftig die größte Sorgfalt zugewandt wird. Es handelt sich dabei nicht allein um materielle Unterstützung, sondern auch um Schaffung von Arbeitsgelegenheit, wie von Urbarmachung von Oedländereien usw. Vor allem muß der Wohnungsbau gefördert werden. Aufs schärfste wenden wir uns gegen die Methoden vieler Unternehmer, die ihre Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen, um sie später wieder zu öffnen zu wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen. Für sie ist die Krise nur die Gelegenheit, um das Lohnniveau herunterzudrücken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir sind dafür, daß für den Wohnungsbau öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber es muß verhindert werden, daß daraus eine private Profitmacherei besonders für die Syndikate und Kartelle in den Baustoffindustrien entsteht.

Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall der Sozialdemokratischen Fraktion mit dem Hinweis darauf, daß wir uns über den Ernst der augenblicklichen Situation nicht täuschen. Wir wollen den Opfern der Krise weitgehend Hilfe bringen, aber als Sozialisten wissen wir, daß die Krise eine Erscheinung des kapitalistischen Systems ist und daß sie zeigt, wie unhaltbar dieses ganze System geworden ist. Diese kapitalistische Wirtschaft muß verschwinden, um einer besseren, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ordnung Platz zu machen!

Abg. Hartmann (Dnat.) weist darauf hin, daß die Notstandsarbeiten heute sehr große Mittel in Anspruch nehmen, da die Materialpreise, besonders für den Wohnungsbau, zu hoch seien. Es komme hauptsächlich darauf an, den Export zu steigern und die Kaufkraft im Innern zu heben.

Abg. Frau Teusch (Ztr.): Die Sozialdemokraten und Kommunisten hätten lediglich eine schematische Erhöhung der Unterstützungssätze beantragt, und zwar in einer Höhe, die die Regierung für unannehmbar erklärt habe. Daher hätten im Sozialen Ausschuß auch die Sozialdemokraten dem Zentrumsantrag zur Annahme verholfen. Die bisherigen Kinderzuschüsse würden durch die neue Regelung in keiner Weise beschnitten, das habe auch die Regierung im Ausschuß anerkannt. Die Lohnüberschreitung müsse allerdings möglichst vermieden werden.

Abg. Rädel (Komm.): Frau Teusch sollte einmal den Erwerbslosen in Berlin vorrechnen, wie eine Familie mit 13,90 Mark in der Woche leben soll. Das Zentrum ist im Ausschuß umgefallen, als die Regierung erklärte, über 20 Prozent nicht hinausgehen zu wollen.

Abg. Hemeter (Dnat.) begründet eine Entschließung, wonach die Erwerbslosenunterstützung in Sachleistungen umgewandelt werden kann, besonders in Form von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** ersucht, mit der Einsetzung einer bestimmten Summe für die Erwerbslosenunterstützung bis zur dritten Lesung des Haushalts zu warten, weil man dann besser übersehen könne, wie hoch der benötigte Betrag sei.

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) beantragt, den Antrag Hemeter dem Ausschuß zu überweisen.

Abg. **Schmidt**-Cöpenick (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit des Reichsarbeitsministers auf die Tatsache, daß die Landarbeiter noch vielfach um die Erwerbslosenunterstützung gebracht werden. Besonders schlimm stehe es damit in Mecklenburg.

Abg. **Pfeffer** (D. Vp.) bezeichnet die jetzige Art der Erwerbslosenfürsorge als unmoralisch.

Den Beschlüssen der Ausschüsse wird darauf unter Ablehnung aller anderen Anträge zugestimmt.

Sie besagen folgendes:

a) Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge werden mit sofortiger Wirkung erhöht
   1. für Hauptunterstützungsempfänger (verheiratete wie ledige) um 10 vom Hundert,
   2. für alleinstehende Erwerbslose unter 21 Jahren um 20 vom Hundert;

b) die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C um 10 vom Hundert erhöht.

Außerdem wird eine Entschließung angenommen:

Die Reichsregierung zu ersuchen, in der beabsichtigten Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. den Beginn der Unterstützungstage nicht nach Ledigen und Verheirateten zu differenzieren,
2. die Kurzarbeiterunterstützung beträgt für den 3., 4. und 5. ausgefallenen Arbeitstag den Tagessatz, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloser erhalten würde,
3. in eine Prüfung darüber einzutreten, ob in Betrieben, in denen Kurzarbeit nicht durch den Ausfall voller Arbeitstage durchführbar ist, nicht auch dann die Unterstützung eintreten kann, wenn die umgerechneten Stunden die erforderliche Zahl von Arbeitstagen ergeben, wobei die besonderen Arbeitsverhältnisse der Angestellten zu berücksichtigen sind.

Der Antrag Hemeter wird dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. — Es folgt die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums bei Kapitel II (Sozialversicherung).

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Das Reichsarbeitsministerium hat in seiner Denkschrift leider nur die absolute Zahl an Aufwendungen für die Arbeitsversicherung mit 2,348 Milliarden aufgeführt. Um sie aber richtig würdigen zu können, muß man in Rechnung stellen die höhere Personenzahl der Versicherten und den verringerten Wert des Geldes. Daraus ergibt sich, daß von einer Steigerung der sozialen Lasten nicht geredet werden kann. Man muß auch die soziale Belastung der Wirtschaft in Verbindung bringen mit der gesamten Lohnsumme und weiter feststellen, wie groß der Anteil des Lohnes an den deutschen Produktionskosten ist. Das hat das Reichsarbeitsministerium nicht getan. Wir haben uns nun die Mühe gemacht, das nachzuholen und festzustellen, wieviel die soziale Belastung der Wirtschaft beträgt. Wir sind dabei auf einen Satz von ein bis höchstens anderthalb Prozent gekommen. (Hört, hört!) In einer Schuhfabrik, die hochwertige Waren verfertigt, haben wir festgestellt, unter Zugrundelegung der genauen Kalkulation, daß auf einem Paar Stiefel eine soziale Belastung von 11 Pfennigen liegt. (Hört, hört! bei den Soz.) Glaubt man, daß diese Stiefel billiger werden würden, wenn man die Belastung von 11 Pfennigen beseitigt?

In der Denkschrift wird eine Nachprüfung der Leistungen der Krankenkassen angekündigt, und das hat genügt, um die Deutsche Volkspartei im Ausschuß zu einem Angriff gegen die Krankenkassen zu veranlassen. Die Krankenkassen haben aber nicht der Deutschen Volkspartei, sondern dem deutschen Volke zuliebe ihre Aufgaben erweitert. Wenn die Krankenkassen auch zur Versorgung der Versicherten mit Heilmitteln übergegangen sind, so geschah das im Interesse der Versicherten selbst. Auch die Behauptungen über die angeblich zu hohen Verwaltungskosten der Krankenkassen sind unbegründet. Sie betragen höchstens 8 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit von 10 und mehr Prozent. Demgegenüber sind die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften ganz beträchtlich höher. Der Ausgangspunkt für die Versorgung der Versicherten mit Arzneimitteln durch die Krankenkassen war der Preiswucher, den das Apothekenkapital getrieben hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Apotheken mit 500 und mehr Prozent arbeiten, dann war es eine einfache Selbstverständlichkeit, daß die Krankenkassen die Versorgung mit Heilmitteln selbst in die Hand nahmen. Sie haben dadurch auch schon Ersparnisse von drei bis vier Millionen im Jahre erzielt. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Ersparnisse kommen dem Kranken zugute, wir haben also keinen Anlaß, den Wucher des Apothekenkapitals zu unterstützen. Es ist sehr bedauerlich, daß sich auch der Abgeordnete Thiel als Vertreter einer Angestelltenorganisation zum Sprecher dieser Angriffe gemacht hat.

Bei dieser allgemeinen Erörterung kann auch die Kritik an Kreditgebarung der Versicherungsanstalten nicht übergangen werden. Schon Ende 1924 und 1925 haben wir auf diese Mißstände hingewiesen. Wir geben zu, daß das Reichsarbeitsministerium bemüht gewesen ist, hier einzugreifen und Mißstände abzustellen. Aber wir haben heute wiederum die Verteilung der vorhandenen Kapitalien zu beklagen. Die Verteilung der Gelder erfolgt in einer Weise, die mit sozialen Absichten in keiner Weise in Einklang zu bringen ist. Es sind für städtische Grundstücke 26,8 Millionen, für landwirtschaftliche Grundstücke 47,1 Millionen, für industrielle Grundstücke 57 Millionen, für den städtischen Wohnungsbau 23,9 Millionen Darlehen gegeben worden. Von einer Gesamtsumme von 272 Millionen sind für Siedlungszwecke ganze 9,1 Millionen Mark Darlehen gegeben worden. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wir verlangen vom Reichsarbeitsministerium, daß es schleunigst Richtlinien aufstellt, wonach das Vermögen der Versicherungsanstalten sozialen Zwecken zugeführt wird. Durch eine Wahlreform für das Versicherungswesen ist dafür zu sorgen, daß in diesem Sinne die Verteilung der Kredite erfolgt. Wir haben an der Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums vieles auszusetzen. Wir können ihm aber auch die Zusicherung geben, daß, soweit der Ansturm einzelner Parteien und der Industrie auf dieses Ministerium erfolgt, es auf unsere Unterstützung in diesem Kampfe rechnen kann. Mit diesen Versuchen, das Arbeitsministerium zu beseitigen, schlägt man den Sack, aber man meint die Arbeiter. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Rademacher** (Dnat.) behauptet unter lautem Widerspruch der Linken, das alte Kaiserreich habe eine weit wirksamere Sozialpolitik getrieben als die Republik! Dennoch hätten sich jetzt die sozialen Lasten in kaum erträglicher Weise gesteigert. Der Reallohn der Friedenszeit ist bereits erreicht.

Abg. **Thiel** (D. Vp.) behauptet, daß die Vermögensverwaltung der Angestelltenversicherung einwandfrei sei. Er kritisiert dann die Art, wie die **Berliner Ortskrankenkassen** bei einem Konflikt mit den Zahnärzten eine zahnärztliche Behandlungs-Organisation eingerichtet hat.

Beim Kapitel **Tarifvertrags-, Lohn- und Einigungswesen, Betriebsverfassung** spricht

Abg. Becker-Herborn (Soz.)

den Wunsch aus, daß die **Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse** besser als bisher kontrolliert werde. Besonders schlimm stehe es damit in Schlesien. Man könne nicht behaupten, daß in Oberschlesien der Schlichtungsausschuß so gut gewirkt habe, wie es der Minister behauptet. Das Ministerium müsse sich verantwortlich fühlen für die Dinge, die sich dort abspielten, vor allem müßte es dafür sorgen, daß in Oberschlesien die Arbeitszeit von 6½ Stunden unter Tage verschwindet. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen sollte nach der Auffassung des Ministeriums dann erfolgen, wenn ein öffentliches Interesse vorliege, und das öffentliche Interesse sei dann da, wenn eine größere Anzahl von Personen in Betracht kämen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gok (Dnat.) behauptet, daß das Schlichtungswesen den Frieden zwischen Arbeitern und Unternehmern störe, weil es die Bildung des richtigen Lohns verhindere und an dessen Stelle einen von den Instanzen festgesetzten willkürlichen Lohn setze.

Abg. Frau Behm (Dnat.) erklärt, daß sie gerade entgegengesetzter Meinung wie ihr Parteifreund Göt sei. Man könne sich nicht vorstellen, welche Zustände sich in der Heimarbeit entwickeln würden, wenn es keine Tarifverträge mehr gäbe.

Abg. Bertz (Komm.) begründet eine Entschließung, wonach der Reichstag das arbeiterfeindliche Verhalten des Reichsarbeitsministers bei Lohn- und Arbeitszeitkämpfen durch die von ihm gefällten Schiedssprüche mißbillige.

Ministerialdirektor **Sitzler** erklärt, daß das Schlichtungswesen sich bewährt habe, das Reichsarbeitsministerium könne aber nicht für jeden Schiedsspruch verantwortlich gemacht werden.

Dann vertagt sich das Haus auf Montag, den 1. März.

Erwerbslosenfürsorge für höhere Angestellte und Kurzarbeiterbestimmungen.

Amtlich wird gemeldet: Entsprechend dem Wunsche des Reichstag hat der Reichsarbeitsminister nunmehr auch diejenigen höher bezahlten Angestellten zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung zugelassen, die in den letzten zwei Jahren vor Eintritt ihrer Unterstützungsbedürftigkeit nicht 6, sondern 3 Monate eine angestelltenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben.

* * *

Das Reichsarbeitsministerium hat inzwischen im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium eine Anordnung über die Kurzarbeiterfürsorge erlassen, die vom 1. März bis zum 1. Mai 1926 gelten soll. Danach ist die Kurzarbeiterunterstützung von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig, so von einer Mindestgröße des Betriebes, einer Wartezeit, einer Anzeige des Arbeitgebers usw. Sie beträgt, wenn 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage ausfallen, 1, 2 oder 3 Tagessätze, bei mindestens drei Angehörigen 1, 2½ oder 3½ Tagessätze der Vollerwerbslosenunterstützung und darf bis zu 6 Wochen hintereinander gewährt werden.

Aus aller Welt.

Blutige Schlägerei.

Am Sonntag vormittag kam es in Alt-Landsberg an der Warthe zu einer Schlägerei, die ein Todesopfer und mehrere Schwer- bzw. Leichtverletzte forderte. In dem Hotel „Friedrichshöft" wurde bis in die frühen Morgenstunden das Stiftungsfest eines Männergesangvereins gefeiert, an dem sich auch Personen beteiligten, die ihre republikanische Gesinnung durch das Tragen eines schwarz-rot-goldenen Bändchens im Knopfloch zum Ausdruck brachten. Schon während der ganzen Nacht durchzog ein größerer Trupp rechtsradikaler junger Leute die Stadt, ohne daß sie von der Polizei daran auch nur im geringsten gehindert worden wären. In den ersten Morgenstunden gingen die Prügelhelden daran, Teilnehmer an dem Stiftungsfest, insbesondere Reichsbannerleute, zu überfallen und ihnen die Abzeichen fortzunehmen. Es gelang dem Wirt zunächst, die Störenfriede aus dem Lokal zu weisen. Als sie aber dann auf der Straße eine junge Frau, die den Tanzsaal verließ, überfielen und mit einem Gummiknüppel blutig schlugen, strömten die Festteilnehmer zu einem Teil auf die Straße. Es kam zu einem allgemeinen Handgemenge. Die Hakenkreuzler machten nicht nur von Gummiknüppeln Gebrauch, sondern auch von der Schußwaffe. Sieben Verletzte mußten sich in ärztliche Hilfe begeben. Einer der angreifenden Hakenkreuzler, ein Schmied aus Neuenhagen, erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus bald starb. Die Polizei traf erst ein, als das Unglück schon geschehen war.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit.

In Berlin wurden am Sonntag zwei Brüder im Alter von 63 und 59 Jahren tot aufgefunden. Sie wurden von den Hausbewohnern schon länger vermißt und als gestern die Polizei in die Wohnung eindrang, sahen die ledigen Brüder leblos auf einem Sofa. Vor ihnen stand je eine Tasse Kaffee, die halb geleert war. Man nimmt vorläufig an, daß sie ihrem Leben mit Gift ein Ende gemacht haben und betrachtet als Grund ihre wochenlange Arbeitslosigkeit.

Ein umfangreicher Sittlichkeitsprozeß.

Am heutigen Montag beginnt in Berlin der Sittlichkeitsprozeß gegen den Freiherrn v. Gültgem, der angeklagt ist, sich in 75 Fällen an minderjährigen Schülern durch Küssen, Schlagen in unzüchtiger Weise und gefährliche Körperverletzung schuldig gemacht zu haben. Der Prozeß dürfte der größte seiner Art sein, der je in Deutschland stattgefunden hat. Die Verhandlungsdauer wird vorläufig auf mindestens 10 Wochen geschätzt. Es sollen 600 Zeugen im Verlauf der Beweisaufnahme vernommen werden. v. Lützow stellt jede strafbare Handlung in Abrede.

Ein internationaler Schwindler,

namens Georg Marten, der vor zwei Jahren nach Berlin kam und hier allein Scheckbeträge in Höhe von 800 000 Mark, in Frankreich sogar in Höhe von 6 Millionen Francs, erschwindelte, ist auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Fiume festgenommen worden. Martens hat, wie jetzt feststeht, auch in den Vereinigten Staaten die gleichen Schwindeleien wie in Europa getrieben, sich überall falscher Namen bedient und Schecks gefälscht.

Ein Schiffahrtstunnel

ist soeben bei Marseille fertiggestellt worden. Er bedeutet die südlichste und letzte Etappe des Marseille-Rhonekanals und ist die erste Schiffahrtsstraße, die Schiffe mit einer Wasserverdrängung von 12 000 Tonnen mehr als 7 Kilometer unter der Erde zu befördern vermag. Der Hafen von Marseille wird auf diese Weise in Verbindung mit dem 81 Kilometer langen künstlichen Wasserweg über die Rhone zum Rhein gebracht und erhält dadurch eine direkte Verbindung mit dem Aermelkanal und der Nordsee. Mit den Arbeiten wurde im Jahre 1916 begonnen. Die Ausführung wurde dem Ingenieur Leon Chagnaud übertragen, der unter anderem auch der Schöpfer des ersten Pariser Untergrundbahntunnels unter der Seine ist. Der neue Schiffahrtstunnel stellt, was die entfernten Gesteinsmassen betrifft, einen Weltrekord dar. Während bei der Erbauung des Simplon-Tunnels 1 600 000 Kubikmeter Gesteinsmasse bewegt wurden, mußten bei diesem Kanal-Tunnel 2 300 000 Kubikmeter Gestein entfernt werden. Bemerkenswert ist, daß nur die Hälfte der bei dem Bau beschäftigten Arbeiter Franzosen waren, sodaß man sagen kann, an dem Tunnel haben alle Nationen Europas mitgearbeitet.

Ein förmliches Mitternachtsdunkel

senkte sich in Gestalt eines Nebels in der vergangenen Woche um die Mittagszeit über Moskau. Der Verkehr in den Straßen mußte vollständig eingestellt werden. Die Dunkelheit war so groß, daß in verschiedenen Straßenzügen Scheinwerfer aufgestellt werden mußten. Das Observatorium von Moskau kündigt an, daß noch eine ganze Reihe von sogenannten „arktischen Nebelschwaden" zu erwarten ist, welche von Osten kommen, über Mittelrußland hinwegziehen und sich dann über das Baltikum hinweg in Europa zerstreuen.

Spuren altindianischer Kultur.

Eine amerikanische archäologische Expedition hat auf der Halbinsel Yucatan eine Ruinenstätte der Mayas, der Ureinwohner von Mexiko, entdeckt, die aus etwa einem Dutzend gut erhaltener großer Gebäude und sechs Tempeln besteht. Drei von diesen rühren aus der letzten Zeit der Maya-Kultur nach der Eroberung von Yucatan durch die Tolteken her. Unter anderem wurden Wandgemälde und interessante Inschriften und Räuchergefäße entdeckt.

10 Millionen Dollar für ein ägyptisches Museum

Als die größte Summe, die jemals für die Pflege der Wissenschaft und Kunst gestiftet worden ist, werden die zehn Millionen Dollar bezeichnet, die der jüngere John D. Rockefeller König Fuad und dem ägyptischen Volk für den Bau eines neuen Museums in Kairo und für die Errichtung eines archäologischen Instituts in einem besonderen Gebäude gestiftet hat. Der bekannte amerikanische Aegyptologe Dr. James H. Breasted überreichte König Fuad einen Brief, in dem Rockefeller diese Stiftung mitteilt. Breasted erklärte, Rockefeller habe erfahren, in wie unzulänglicher Weise die unvergleichlichen Monumente und Schätze der altägyptischen Kultur in Kairo aufbewahrt wurden und er wolle dazu beitragen, diesen ältesten Denkmälern der menschlichen Kultur eine würdige Stätte zu verschaffen. Auch die weitere Erforschung der Kultur dieses „ältesten Kulturvolkes" soll durch das „jüngste Kulturvolk" in umfassendem Maße gefördert werden. Nach dem Urteil der Sachverständigen wird es möglich, mit diesen gewaltigen Mitteln in Kairo ein Museum zu schaffen, das in seiner Art das großartigste der Welt werden dürfte.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Am 18. Februar ist der

Stadtälteste und Stadtrat a. D.

Herr Reinhold Auras

verschieden.

Er hat vom Jahre 1899 bis zum Februar 1910 dem Magistratskollegium als unbesoldeter Stadtrat angehört. Sein Wirkungskreis lag vor allem auf dem Gebiete der Siechenfürsorge und der Speisehäuser.

Sein Ehrenamt hat er vom ersten bis zum letzten Tage unverbrüchlich treu geehrt durch selbstlose, unermüdliche und aufopfernde Arbeit. Er war uns immer ein guter Berater, mit seiner Güte uns und denen, für die er vermöge seines Amtes zu sorgen hatte, ein zuverlässiger, wohlmeinender Freund. Wir werden dem Heimgegangenen immer ein dankbares Andenken bewahren. 10758

Breslau, den 20. Februar 1926.

Der Magistrat.

Unerwartet traf uns die traurige Nachricht, daß am 17. Februar unser früherer 1. Vorsitzender,

Herr Schlossermeister

Hermann Fieseler

in Oberschreiberhau

im 71. Lebensjahre verstorben ist.

In seiner langjährigen Tätigkeit als 1. Vorsitzender der Kasse hat er sich durch seinen edlen und vornehmen Charakter bei uns ein dauerndes Andenken bis über das Grab hinaus erworben.

Breslau, den 19. Februar 1926

Der Vorstand der bes. Orts-Krankenkasse der Schlosser pp. zu Breslau.

R. Opitz, Vorsitzender. 105

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Ganz unerwartet verschied am 19. Februar im Alter von 50 Jahren nach kurzer Krankheit unser Kollege, der **Steinmetz** 2174

Herr Friedrich Scholz.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitglieder der Zahlstelle Breslau
Sektion der Steinmetzen.

Beerdigung: Montag, den 22. Februar, nachm. 3 Uhr, vom St. Salvator-Friedhof, Lohestraße, aus.

Am 19. Februar verstarb die Ehefrau unseres Kollegen **Waschke**

Frau Gertrud Waschke

im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitglieder der freiwilligen Beerdigungshilfe des Fahr- und technischen Personals der städt. Straßenbahn.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen. 10761

Die Verfassung des Deutschen Reiches?

Neu erschienen

mit Reichstagswahlgesetz

und Sachregister

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Stadt-Theater

Montag, 7½ Uhr:
Der Karneval in Rom.
Dienstag, 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.
Mittwoch, 7½ Uhr:
Cosi fan tutte.

Lobetheater

Lessingstr. 8, Tel. Sig. 6774.

Montag, 22. Februar, 8 Uhr,
Dienstag, 23. Februar, 8 Uhr:
Der fröhliche Weinberg.

Thaliatheater

Schweidnitzerstr. 3, Tel. Sig. 6700

Montag, 22. Februar, 8 Uhr,
Dienstag, 23. Februar, 8 Uhr:
Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen!
Der Kreidekreis.

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.

Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr:
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
Die Teresina

Dienstag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
Der Orlow.

Freitag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
Zum 50. Male!
Der Orlow.

Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Der Rastelbinder.

Gemeinnützige alkoholfreie Gaststätten
Renschestraße 45,
Kirschstraße 28.
Größ. Auswahl in Einzelessen von 60 Pf. bis 1 Mk.
Abonnementspreis für Mittagbrot zu 40 u. 60 Pf.
Trinkgelder verboten.
Geöffnet von 12 bis ½6 Uhr.

Liebich-Theater.

Telefon: Stephan 34 646.

Täglich 8 Uhr!

Gastspiel

To Rhama

10760

und das auserlesene Februar-Programm

Eintrittspreise von 75 Pf. an.

Guter und billiger
Mittags- u. Abendtisch
Altbüßerstraße 59, I. Et.

Schreibmasch.-Arbeiten 2089
Thielking, Vorwerkstr. 62.

Für Klischees

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

H H H H H H H
Herrnfeld
Theater gastiert 10750
ab **Sonnabend, 27. Februar, 8¼ Uhr,** im
Victoria-Theater
H H H H H H H

Die enorme Nachfrage nach

Frischen Seefischen

läßt erkennen, daß die sparsame Hausfrau den großen **Preisunterschied** zwischen **Fisch** und **Fleisch** in dieser Zeit auszunutzen weiß.

Montag früh u. folgende Tage **4 Waggons** **Seefische grüne Heringe und anderes**

Blutfrische fette große **grüne Heringe** Pfd. nur **17** ₰, 2 Pfd. **33** ₰

10752 Blutfrischer **fetter Seelachs** im Schnitt Pfund nur **19** ₰

ff. Kabeljau im Schnitt, **ff. Goldbars** ohne Kopf — Pfd. nur **25** ₰
Kotelettes ohne Haut ohne Gräten — dunkle, das Pfd. **40** ₰, helle, das Pfd. **55** ₰

ff. norweg. **Fett-** ¼ Pfd. **8** ₰ — **Vollhöchlinge** das Pfd. **30** ₰
ff. Danz. **Fett-Sprotten** ff. gor. **Seelachs** ¼ Pfd. **13** ₰

ff. gor. **Speckflundern** ¼ Pfd. **20** ₰
Feinste gor. **Spickaale** keine Pökelware — mittlere Pfund **300** ₰, starke Pfund **360** ₰

ff. Schlutuper **Bratheringe** ¼ Ltr.-Dose **85** ₰, 4 Ltr.-Dose **210** ₰, 8 Ltr.-Dose **390** ₰

Wiederverkäufer billiger, laut Preisliste.

Bitte, genau auf Firma zu achten! Blauweiße Flagge m. gold. Schlüssel

„Nordsee"

Nur Bohrauer Str. 2, a. d. Teichst.-Unterführ.
Nur Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus.
Nur Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Gartenstraße aus.

Geschäftsführer: **Feodor Trapp.**

Telefon: Stephan 31840, 31841, 31842. — Postscheck Breslau 3484.

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur **50** Pf., auswärts 10 Pf. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Das Köstritzer Schwarzbier ist nach meiner reichen 20jährigen Erfahrung tatsächlich das beste Kräftigungsmittel, das ich kenne und wird es wohl bleiben, da keines der zahllosen in dieser Zeitspanne auf den Markt geworfenen sogenannten Kräftigungsmittel auch nur annähernd den Vergleich mit dem Köstritzer Bräu aushalten könnte.
San.-Rat Dr. Sch. in O. (2115).

Köstritzer Schwarzbier

das Bier für Sie!

Erhältlich bei Curt Hientzsch, Biergroßhdlg., Breslau 10, Matthiasstraße 67/71 a, Fernspr. Ring 87 und 843, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften

2394

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. **2.10** per Liter einschl. Steuer

den berühmten

Alten Breslauer 35 %

Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**

Inländer-Kognak-Verschnitt **2.90** u. **3.50**

Unsere in ganz Deutschland berühmten

Edel-Liköre

Mk. **3.00** und **3.60** alles per Liter einschl. Steuer

Dampf-Destillierwerk

Herzberg & Co.

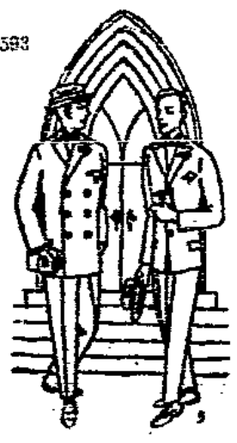
Hübnerstraße 42, Michaelisstraße 3 und Blücher-Platz 20.

10761

Konfirmanden-Anzüge

in größter Auswahl

10593



Eig. Anfertigung sehr preiswert

Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

In der „Volkswacht" haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Brennholz

Schwarten und Säumlinge

gibt laufend in **größeren und kleinen Mengen** ab

Dampfsägewerk 10757

Breslau X, Berl. Niedergasse.

Masken 8278

Theater - Redouten - Kostüme

neue vollständige preisgekrönte Ausstattung verleiht billig größtes Spezialhaus

H. Wiersing Messergasse 10 Telefon Ohle 996

Proletarier!

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschrankens! Lernt die Weltsprache **Esperanto,** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird

---

An unsere Mitglieder!

Die Einbanddecke für den 1. Jahrgang der „Bücherkreis" Monatsschrift (Heft 1—15) ist erschienen.

Der Preis beträgt 1.50 M.

Wir bitten um baldgefl. Bestellung.

„Der Bücherkreis"
Zahlstelle
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Schnürsenkel, 2—10 Pf., Lippert, Heinrichstr. 16. 10583

Sofort Geld!

Leihamt Rother
Albrechtstraße 43, I.

Frauenhaare!

lange, ausgekämmte, kauft zu **höchsten** Tagespreisen

Annahme **täglich** von **9—11** und **4—6 Uhr**
Mittwoch **keine** Annahme

Selma Kunath, Frauenhaarhandlung
Breslau, Schillerstraße 21, hpt.

Auf welchem Wege

gelangten wohl **Fourier, Heine, Kant, Fichte, Hegel, Owen, Proudhon**

zum Sozialismus?

Das wird Dich, lieber sozialistischer Leser dieses Inserates bestimmt interessieren!

Eine gute Schriftenreihe:

Wege zum Sozialismus!

wird dein Wissen hierin vertiefen. Wir nennen die einzelnen Bände mit kurzem Inhalt:

1. **Fourier und der Sozialismus.** Fouriers Kritik der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse, der herrschenden Soziallehren und seine Entwicklung der neuen Gesellschaftsordnung.
2. **Heinrich Heine und der Sozialismus,** ausgewählt und eingeleitet von Hermann Wendel (enthält u. a. eine große Auswahl sozialer Dichtungen Heines).
3. **Kant, Fichte, Hegel und der Sozialismus** von Karl Sorländer (zeigt die verschiedenen Wege der drei großen Denker zum Sozialismus).
4. **Karl Marx als Geschichtsphilosoph.** a) Die Geschichtsphilosophie vor Marx. b) Die Entwicklung der naturalistischen Geschichtsauffassung. c) Der weitere Ausbau der materialistischen Geschichtsauffassung.
5. **Robert Owen und der Sozialismus.** (Ueber Erziehung, Genossenschaftssiedlung, Arbeitswert-Theorie und Siedlung.)
6. **Proudhon und der Sozialismus** (sein Leben, seine Lehre, eine Auswahl aus seinen Schriften, Kritik des Eigentums und des Geldes, des Staates und der Kirche).

Die Bändchen sind schmuck ausgestattet und im Preise sehr herabgesetzt. Statt à 1.00 Mk. nur à **0.60** Mk. Dieser Preis gilt allerdings nur für die augenblicklich vorhandenen Bände, deshalb: **Schnell entschlossener Erwerb! Merke stets:** Vorzugsangebote sind in erster Linie für die Leser dieser Zeitung!

Bestellungen an:

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Inserate erzielen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Werner, für den Anzeigenteil: Max Sachs. — Redaktion: Friedrichplatz 3. — Hauptexped.: Hirschstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Februar.

Ein Blick ins Adreßbuch.

zeigt doch recht interessante Einzelheiten, die man sonst vielleicht übergehen würde. Unter der Rubrik „Vereine" findet man z. B. die sog. „Kriegervereine" aufgeführt, d. h. nicht sämtlich, sondern Scherl begnügt sich mit 36 einzeln benannten Regimentsvereinen. Bei diesen werden natürlich auch die Vorsitzenden mit angegeben.

Bei zweidrittel von ihnen kann man nun bereits aus den Anschriften ersehen, daß die Leiter Beamte sind, sei es des Staates oder der Stadt. Scheinbar ist eine Beamtentätigkeit doch nicht so anstrengend, daß nicht Zeit für die Führung eines Kriegervereines vorhanden wäre. Unter den Vorsitzenden findet man sämtliche möglichen Rangstufen: der Herr Rechnungsrat und der Kriminalassistent, die Obersekretäre der Telegraphenverwaltung und der Zollbehörde, von der Steuer und der Post, Eisenbahn und Regierung, der Beamte der Reichsbank, der Oberstadtinspektor und der Landesoberinspektor, sie alle betätigen sich in ihren Mußestunden als „Kriegerführer".

Man darf dabei nicht vergessen, daß der Kyffhäuser-Kriegerverband stramm rechts eingestellt ist, keine Veranstaltung ohne Stahlhelm, Jungdo und andere Organisationen stattfinden läßt und bei keiner möglichen Gelegenheit versäumt, seinem „alten" Führer in Doorn seine Treue zu geloben; mit Stolz tragen die Kriegervereine die ihnen auch jetzt noch von dem Filmschauspieler in Doorn reichlich gespendeten Fahnennägel, die so wenig von der „Not" des Spenders zeigen. In keinem Kriegervereine darf ein offener Republikaner sein; Angehörigkeit zum Reichsbanner wird mit dem Ausschluß „bestraft". Man ist „unter sich", Reaktion und Monarchie.

Und in diesen Kreisen sind an vorderster Stelle fast überall Beamte, die also in ihren Dienststunden für die Republik arbeiten, in ihren Mußestunden, die gewiß zahlreicher sind, als die ersteren, aber gegen die Republik, die ihnen Arbeit gibt, tätig sind. Dann wundert man sich noch, daß so viele Klagen über langsame Arbeit und Erledigung bei Aemtern und Behörden laut werden, daß bedürftige und notleidende Leute nicht verstehen, daß sie immer noch keine Antwort auf ihre Gesuche erhalten; da wundert man sich, wieso in so vielen Dienstzimmern bei soviel Leuten so wenig zutage gefördert wird; und da wundert sich der Ortsfremde, warum das Rathaus als „Amtsfriedhof", als „Ruheort" der städtischen Beamten bezeichnet wird. Wenn aber einmal der Tätigkeitsdrang überhand nimmt, und zwar in den Dienststunden, dann merkt die Bürgerschaft sofort die Folgen solches Fleißes. Große Summen sind fort die Beträge, die die Stadt als Schaden verbuchen muß, und nur die Sensationspresse hat Vorteile davon!

Man kann sich vielleicht als Außenstehender nur schwer ein Bild davon machen, wie schwer es für den ehrlichen Republikaner sein muß, im Kreise solcher „Mitarbeiter" freudig seine Pflicht zu tun! Mag mancher der rechts eingestellten Beamten auch seinen Posten nach außen hin ordentlich ausfüllen; es ist einfach ausgeschlossen, daß jemand, der dauernd gegen die Republik kämpft, ernstlich auf der anderen Seite für ihr Wohl arbeiten kann. Die Folge ist, daß trotz einer großen Beamtenschaft und trotz der Mühen einer geringen Zahl fleißig und treu arbeitender Beamten der öffentliche Betrieb nur schwer und langsam arbeitet.

Erstaunlich ist aber, welche Arbeit von vielen außerhalb der Dienststunden geleistet wird. — Da gibt es z. B. einen Marineverein „Graf Lückner"; geführt wird er von einem Landschaftsrentmeister. Er unterhält eine Jugendabteilung, die sich stolz als „Jung-Seewehr" bezeichnet und ihre Mitglieder für den künftigen Dienst in der Marine vorbildet. Für das Exerzieren stellt „natürlich" die Stadt eine Turnhalle zur Verfügung. Die Gehilfen des Führers, der ein Kapitänleutnant a. D. ist, sind ein Polizeihauptwachtmeister und ein Justizwachtmeister, also zwei Beamte, die zum Schutze der Republik sogar mit Waffen versehen sind. Und haben die Ausbildner die Jungseewehrleute so weit, daß sie sich zur Einstellung melden können, dann gibt der Herr Kapitänleutnant ein Befürwortungsschreiben an die eine der beiden Marineeinstellungsbehörden, und der Jungseewehrmann wird ein richtiger Matrose. — Und dann wundert man sich, wenn, wie vor kurzem, eine Marineabteilung unter dem „Flaggenliede" und dem „Fridericus Rex" durch die Straßen Berlins marschiert. Die Beamten der Republik, die früheren Offiziere, die Kriegervereine, sie alle wirken zusammen, um die „Wehrmacht" mit Geist und Leuten gegen die Republik zu füllen, und ebenso wie hier für die Marine, sorgen die Jugendabteilungen der Altkriegervereine für den Nachwuchs des Landheeres.

Vielleicht besinnt sich die Republik doch noch auf ihren Schutz gegen ihre „Schützer"!

Die letzte öffentliche Frauenversammlung

des Distrikts 19 war sehr gut besucht. Die Genossin Kunert hielt einen interessanten Vortrag über die Politik der Rechtsregierung im letzten Jahre und verwies gleichzeitig auf den ungeheuerlichen Skandal der Fürstenabfindungen. Nach Erledigung der Tagesordnung verbrachte man noch einige Zeit gemütlich beisammen. Mehrere Aufnahmen für die Partei wurden gemacht.

Aufbringung der Mittel für die Wohlfahrtspflege.

Die Arbeitsgemeinschaft Breslauer Sozialbeamtinnen veranstaltete am 13. Februar im Landeshaus den letzten Vortrag einer Vortragsreihe über das obige Thema. Landrat Fiebranz aus dem Kreis Landeshut sollte das Thema vom Standpunkt des Kreises aus behandeln. In einer recht abwegigen Einleitung stellte er zunächst die Polemik, die über eine zu starke Einmischung des Staates in die Wohlfahrtspflege herrscht, dar. Doch unterließ er es dabei durchaus, die dringenden Gründe für eine solche Einmischung anzugeben und in befriedigender Weise Stellung dazu zu nehmen. Wenn er als erste Möglichkeit zu sparen, den Grundsatz aufstellt, die Bevölkerung sei noch viel mehr wie bisher zur einfachen Lebensführung zu erziehen, so kann man auch darüber sehr anderer Meinung sein. Eine längere Ausführung wurde der Forderung, die komplizierten Organisationen der Behörden in einfachere umgestalten und dadurch zu sparen, gewidmet. Im ganzen enthielt der Vortrag leider kein einziges Wort über das eigentliche Thema, die Quellen für die Aufbringung der Mittel und brachte im Verlauf an positiv Neuem für die Zuhörerschaft nur noch Erörterungen über die finanzielle Zuständigkeit des Kreises und der Gemeinden für einzelne Aufgaben. Der Kreis finanziert allein das Hebammenwesen, die Krüppelfürsorge, das Impfwesen. Bei der sozialen Fürsorge für Kriegerhinterbliebene zahlt die Provinz ½, der Kreis ¾; bei sonstigen Hilfsbedürftigen die Provinz ⅔ der Kreis ⅓, bei Sonderkuren die Provinz ⅔, der Kreis ⅓; bei Heilkuren die Provinz ⅔ und der Kreis ⅓ der Kosten. Die Finanzierung der Erholungsfürsorge erfolgt ebenfalls zur Hälfte, dem Kreis steht jedoch kein Einfluß auf die Auswahl der Erholungsheime zu. Der Redner wandte sich gegen die Unterbringung in der Nähe und befürwortete nur den Aufenthalt an der See. Die Geschlechtskrankenfürsorge wird im wesentlichen halb von der Landesversicherung, halb vom Kreis bestritten. Einige andere Gebiete wie das Pflegekinderwesen und die Wandererfürsorge, werden häufig von privaten Verbänden bearbeitet. Zwischen Kreis und Gemeinden teilen sich die Kosten so, daß der Kreis 70 Prozent und die Gemeinde 30 Prozent trägt. Außerdem kann noch ein Lastenausgleich stattfinden. Diese Kostenbeteiligung ändert sich auch nicht, wenn die Gemeinden durch Delegation einzelne Aufgaben selbständig bearbeiten. Der Beschluß liegt dann bei der Gemeinde, die Bezahlung trotzdem zu 70 Prozent beim Kreis.

Die Kosten für die Anstaltsfürsorge werden vom Kreis und der Provinz aufgebracht. Ebenso kann die Tuberkulosenfürsorge neben Zuschüssen von der Provinz noch solche vom Kreis erhalten. Zu jeder Genehmigung von Mitteln, außerhalb der laufenden, ist Kreisausschußbeschluß nötig. Zuschüsse vom Kreis zur Erwerbslosenfürsorge müssen abgelehnt werden, weil die Höchstsätze laut Gesetz nicht überschritten werden dürfen. Der Redner schloß damit, daß als vorbeugendes, an Kosten ziemlich geringes Mittel, möglichst an vielen Orten durch Kreisstatut die weibliche Fortbildungsschule für alle Mädchen eingeführt werden solle. Eine kurze Diskussion schloß sich an den Vortrag.

Vorsicht!

Immer wieder müssen wir die Beobachtung machen, daß sich gerade die am wenigsten zahlungskräftigen Kreise am leichtesten und meisten ausbeuten lassen. Vielleicht machen sich gerade Leute, die immer nur mit ganz kleinen Beträgen rechnen müssen, keinen rechten Begriff davon, was die Summen ausmachen, zu deren Zahlung sie sich ohne lange Ueberlegungen verpflichten.

Besonders sind es die Angebote von Reisenden und Vertretern, die die Leute in ihren Wohnungen aufsuchen und zu unnötigen Ausgaben verleiten. In der Meinung, sich das Heim zu verschönern, werden die geschmacklosesten und wertlosesten Dinge angeschafft, fast stets auf Abzahlung.

Augenblicklich wird den kleinen Leuten zur Gründung einer eigenen Bibliothek und als Zierde der Wohnung ein Werk von zwei Bänden nebst einer Beilage angeboten: „Der Weg zur Gesundheit", zu dem hohen Preise von 32 Reichsmark, die Beilage soll speziell „Das homosexuelle Leben" behandeln, wobei wohl nicht mit Unrecht auf das Pikante dieser Beilage schon im Titel hingewiesen wird. Was allerdings homosexuelles Leben mit dem Wege zur Gesundheit zu tun hat, ist nicht recht klar!

Auch wenn ein Werk von zwei Bänden noch so gut ist, so ist es bei einer Massenauflage für den Preis von 32 Reichsmark zu teuer. Es gibt heute für jedermann Möglichkeiten, durch Mitgliedschaft im „Bücherkreis", durch Benutzung einer „Buchkarte", auf nicht drückende Weise zu guten Büchern zu kommen. Ein Blick in die Buchhandlung der „Volkswacht" zeigt, was für schöne, inhaltvolle und wirklich lehrreiche Bücher für 32 Reichsmark auch bei Abschlagszahlungen zu haben sind; es bedarf wirklich nicht erst einer Berliner Verlagsbuchhandlung, um von ihr den Weg zur Gesundheit gewiesen zu erhalten. Wenig Geld am richtigen Orte ausgegeben, nützt mehr, als vieles Geld am falschen! Das vergesse man nie!

Reichsheimstätten-Gartengebiet Gleisdreieck.

Den Stadtverordneten liegt ein Antrag des Magistrats vor, wonach das Geländedreieck zwischen Verbindungs-Eisenbahn, Freiburger und Reppener Bahn zum Heimstätten-Gartengebiet erklärt werden soll. Auf diesem Gebiet dürfen Anlagen, die der Schaffung der Heimstättengärten abträglich sind, nicht errichtet werden. Der Sportplatz des Alten Turnvereins aber darf als solcher weiter benutzt werden. Die Gärten, die unter Reichsheimstättenrecht stehen, sollen nicht weniger als 250 und nicht mehr als 625 Quadratmeter umfassen.

Mit dieser Vorlage ist endlich ein Anfang gemacht. Hoffentlich werden in nicht zu ferner Zeit alle Schrebergärtner wissen, ob ihre Gelände dauernd dem bisherigen Zweck erhalten bleibt oder Bauland wird. Baldige Klarheit tut not, denn erst dann lassen sich entsprechende Aufwendungen zur Ausgestaltung der Kolonien machen.

Arbeiterbildungsausschuß.

Der nächste Mittwochabend ist Fritz Reuter gewidmet. Der Rezitator Max Schröder wird aus den Hauptwerken des beliebten Volksdichters die fesselndsten Abschnitte zum Vortrag bringen. Die Veranstaltung beginnt um 8 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Von Haeusser,

dem neuen Christus, der in den Reichstag will, schickt man uns ein Flugblatt zu, das anscheinend jetzt in Breslau verteilt wird. Auf der ersten Seite prangt ein Autogramm der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Marguerite Stegmann, die als Nervenärztin und Gutachterin Haeussers bezeichnet wird, und ihm anscheinend geschrieben haben soll: „In treuer Haeusserscher Liebe. M." Die Genossin Stegmann hat bereits beim Auftauchen des Flugblatts an anderer Stelle erklärt, daß diese Angabe nicht zutrifft. Sie hat vielmehr in einem Brief an den Dichter Goering ironisch die Wendung „in Haeusserscher Liebe" gebraucht, nachdem sich dieser ihr gegenüber über die Haeusserschen Tiraden lustig gemacht hatte. Von Gertrud hat die Genossin Stegmann in einem ärztlichen Gutachten für Haeusser den Schutz des Hofs in Anspruch genommen, damit ihre Stellung zu seinem „Erlösungswerk" ausreichend [illegible]

Zur gewaltigen Kundgebung gegen Fürstenhabgier

muß die Dienstag, abends 8 Uhr, im Schießwerder stattfindende

öffentliche Versammlung werden

Redner: M. d. R. **Dr. Moses**

Gründungsfeier des Reichsbanners.

Aus grauem Morgennebel grüßen von zahlreichen Fenstern herab die Fahnen der Republik und künden die Anteilnahme der Bevölkerung an dem Fest, das sich vollzieht. Und die Bevölkerung hat Anlaß, dem Reichsbanner zu huldigen, war Deutschland doch vor zwei Jahren auf dem besten Wege, das Schicksal Italiens zu teilen, dem Terror eines schwarz-weiß-roten Faschismus mit dem großmäuligen Ludendorff als Mussolini an der Spitze anheimzufallen. Zwei Jahre haben genügt, um die Feinde der Republik auf den Weg zur Ohnmacht zu drängen. Feucht rieselte es gestern aus den Nebelwolken herab, und die seit dem Kriege noch nicht im besten Zustande befindlichen Straßen der Stadt starrten voller Pfützen. Kein geeigneter Tag zu einem Festmarsch für die vielen, die bei der Not der Zeit nicht über geeignetes Schuhwerk verfügen, und doch marschierten

187 volle Gruppen

auf. Gegen ½10 Uhr lockte von allen Seiten Musik. Von den Sammelplätzen zog man vor das Schloß, wo der große Zug zusammengestellt wurde. Unter Trommelwirbel und Hörnerklang bewegte sich dieser auf weitem Marsch bis zum Gewerkschaftshause. Man zog in den Hof, wo Kamerad Alexander eine Ansprache hielt.

Der Redner wies auf die vielen Zehntausende, die, wie vor einem Jahre in Magdeburg, so diesmal in Hamburg das Gründungsfest des Reichsbanners feierten, ein Tag, der einzig dasteht in dieser Republik ohne Republikaner. Nach Schluß des Krieges besaßen die Führer, die Deutschland vor dem Chaos bewahrt haben, zu viel Anstand, um mit den Stützen der alten Macht völlig aufzuräumen. Das haben jene Kreise als Schwäche angesehen, weshalb sie sich bald wieder hervorwagten. Die neuen Männer wurden mit Schmutz beworfen, und auch Hindenburg blieb nicht verschont, weil er sich den Volksbeauftragten zur Heimführung der Armee zur Verfügung gestellt hatte. Dafür strahlte der Glanz eines Ludendorff, der in den Novembertagen feige geflohen war. Das Reichsbanner hat viel geschafft. Es hat die Fahne der Republik bis in den kleinsten Ort getragen. Nun gilt es die Macht des Reichsbanners positiv einzusetzen gegenüber einer republikfeindlichen Justiz und vielen anderen. Aber allen Volksgenossen muß dauernd in Erinnerung gebracht werden, daß nur das Reichsbanner den Schutz der Republik verbürgt.

Es folgte ein dreifaches Hoch auf die Republik und der Gesang des Bundesliedes, worauf die Banner wieder in die einzelnen Stadtteile zogen. Am Nachmittag und Abend war dann im Schießwerder ein Fest. Der Saal prangte in den Farben der Republik. Der eigentliche Festakt war um 7 Uhr. Polizeipräsident Kleihömer mit Begleitung wohnte ihm bei. Nachdem die Fahnenabteilungen einmarschiert, und auf dem Podium Aufstellung genommen hatten, hielt Kamerad Herrmann die Festrede. Ein Telegramm der Breslauer Kameraden aus Hamburg meldete eine Beteiligung von Hunderttausend an der Bundesfeier.

Der Redner wies auf dieses gewaltige Ereignis, von dem ja bald nähere Berichte folgen werden. Das Reichsbanner hat innerpolitisch viel erreicht, wir brauchen uns nur vergegenwärtigen, wie es heut aussehen würde, wenn es nicht entstanden wäre. Es ist erst etwa ein Jahr her, seit Stresemann im Breslauer Konzerthause im Zeichen von Schwarz-Weiß-Rot sprach, heut treibt er im Locarnogeist dieselbe Erfüllungspolitik, wegen der unsere Führer einst geschmäht wurden. Der Locarnogeist hat zur Befreiung des Rheinlandes geführt, aber bei der Befreiungsfeier hat man peinlich vermieden, die Fahne der Republik zu zeigen. Wir wollen uns nicht beweihräuchern für das, was wir geleistet haben, sondern an das denken, was wir noch verwirklichen müssen. In Breslau hat das Reichsbanner noch viel zu wenig Mitglieder, ringsherum sind wir prozentual stärker als in der Halbmillionenstadt. Deshalb gilt es unermüdlich weiter zu werben. Erinnern wir uns an den Aufmarsch beim Gewerkschaftskongreß, das waren alles Republikaner, und wir müssen sie bei uns noch eingliedern. Das Schlimmste in Deutschland sind nicht unsere Gegner, sondern die Lauen, die gar keinen Bekenntnismut haben. Neulich sah ich auf dem Erholungsplatz einer höheren Schule Kinder mit Stäben, an denen allerhand Flaggen befestigt waren, nur nicht die Flagge Schwarz-Rot-Gold. In einer anderen höheren Schule beim Unterricht über die römische Republik, führt ein Lehrer unter erkennbarer Anspielung heutiger Zustände alle Uebel der damaligen Zeit an, und zum Schluß sagt er: „Jetzt habe ich ja eine Republik beschimpft, hoffentlich komme ich vor keinen Staatsgerichtshof." Was für Staatsbürger sollen aus solchen Schulen heranwachsen? Bei den Gerichten derselbe Geist, sodaß sich die Republikaner rechtlos fühlen müssen. Mit diesen Zuständen gilt es nun aufzuräumen. Die Reihen der Gegner sind heut im Wanken, da gilt es kräftig nachzustoßen. Und dann wollen wir die Gefühlsduselei beiseite stellen. Wie haben es die anderen gemacht, als sie in Bayern, in Thüringen, in Mecklenburg und Braunschweig Oberwasser erhielten? Die Fälle Luppe, Loeb und viele andere zeigen, wie man mit Republikanern verfährt, wenn man die Macht hat. Darum müssen auch wir hart werden. Es darf kein Nachgeben mehr geben, im Reichsbannergeist immer vorwärts, bis die Republik gesäubert ist.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede und dem Gesange des Bundesliedes zogen die Fahnenabteilungen wieder ab und das Fest nahm weiter seinen ungezungenen Verlauf.

Oeffentliche Beamtenversammlung

Heute 8 Uhr:

Wratislawia — Mauritiusplatz

Heute abend erscheinen alle „Vorwärts"-Mitglieder und deren Angehörige **um ½8 Uhr im Gewerkschaftshause** in der

Außerordentlichen Mitgliederversammlung

des Konsum- und Spar-Vereins „Vorwärts".

2171

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch nachmittags von 3 bis 4 Uhr und Sonnabend nachmittags von ½4 bis ½5 Uhr statt. — Eingang Fränkelplatz 3.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt

* **Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts"** für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H. hält heute, Montag, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab.

* **Von der „Cecilienschule".** Der Leiter dieser Mädchenlehranstalt, Oberstudiendirektor Professor Dr. Georg Geipel hat, wie wir hören, aus Gesundheitsrücksichten bis Anfang April dieses Jahres einen Erholungsurlaub nachgesucht, und wird dann vom 1. Juli in den Ruhestand treten.

* **Dr. Fritz Sternberg,** der Breslau in nächster Zeit verläßt, spricht am Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses über „Das ökonomische System des Imperialismus".

* **Zum Direktor des Statistischen Amts,** als Nachfolger des verstorbenen Directors Dr. Ergang, wählte der Magistrat Professor Dr. Hans von Auer in München. Geboren am 18. Februar 1877 in Genf, besuchte von Auer das Gymnasium zu Dessau. Hierauf studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Berlin, Kiel und zuletzt in Freiburg i. B., wo er im Jahre 1910 zum Doktor der Staatswissenschaften promovierte. In den Jahren 1910 bis 1912 unternahm von Auer größere Studienreisen. 1912 trat er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim Statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M. ein; gleichzeitig wurde er Assistent im Statistischen Seminar an der damaligen Akademie in Frankfurt a. M. Ein Jahr darauf wurde er als erster Assistent an das Statistische Amt der Stadt Neukölln, 1917 zum Leiter des Archivs und der Statistischen Abteilung im Verbande der öffentlichen Lebensversicherungsanstalten in Deutschland berufen. Ende 1918 kam dann von Auer als Professor der Nationalökonomie und Statistik an die Hochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften nach Detmold. Seit der Schließung der Hochschule am 31. Dezember 1924 ist er in München und in der Schweiz privatwissenschaftlich tätig.

* **Verleihung.** Dem Ehrenbürger unserer Stadt, Geh. Baurat von Scholtz, ist von der Technischen Hochschule Breslau der Titel eines Dr. ing. ehrenhalber verliehen worden.

* **Beschäftigung jugendlicher Erwerbsloser.** Als weitere Maßnahme zur Beschäftigung erwerbsloser Jugendlicher hat das Städtische Jugendamt in der gewerblichen Berufsschule I, Willmannstraße 4/6, Werkstattkurse eingerichtet, an denen je zehn Jugendliche teilnehmen können. Es handelt sich um zwei Kurse für stellungslose Tischler und Stellmacher, die am 22. Februar und zwei weitere Kurse für Klempner, die am 1. März beginnen. Die Lehrgänge sind in erster Linie für solche Jugendliche bestimmt, die nach beendeter Lehrzeit entlassen worden sind und die nunmehr Gefahr laufen, infolge der Arbeitslosigkeit ihre Fertigkeiten wieder zu verlernen. Meldungen werden werktags von 8 bis 12 Uhr im Geschäftszimmer der Berufsschule entgegengenommen. Dort auch ist der Stundenplan und alles nähere zu erfragen. Neben diesen Kursen findet dann noch in den Fachklassen der Städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule ein Unterricht für jugendliche Erwerbslose statt, die bereits über gewisse Fertigkeiten verfügen. Meldungen hierzu sind im Direktorzimmer der Kunstgewerbeschule, Kirchstraße 1/3, anzubringen.

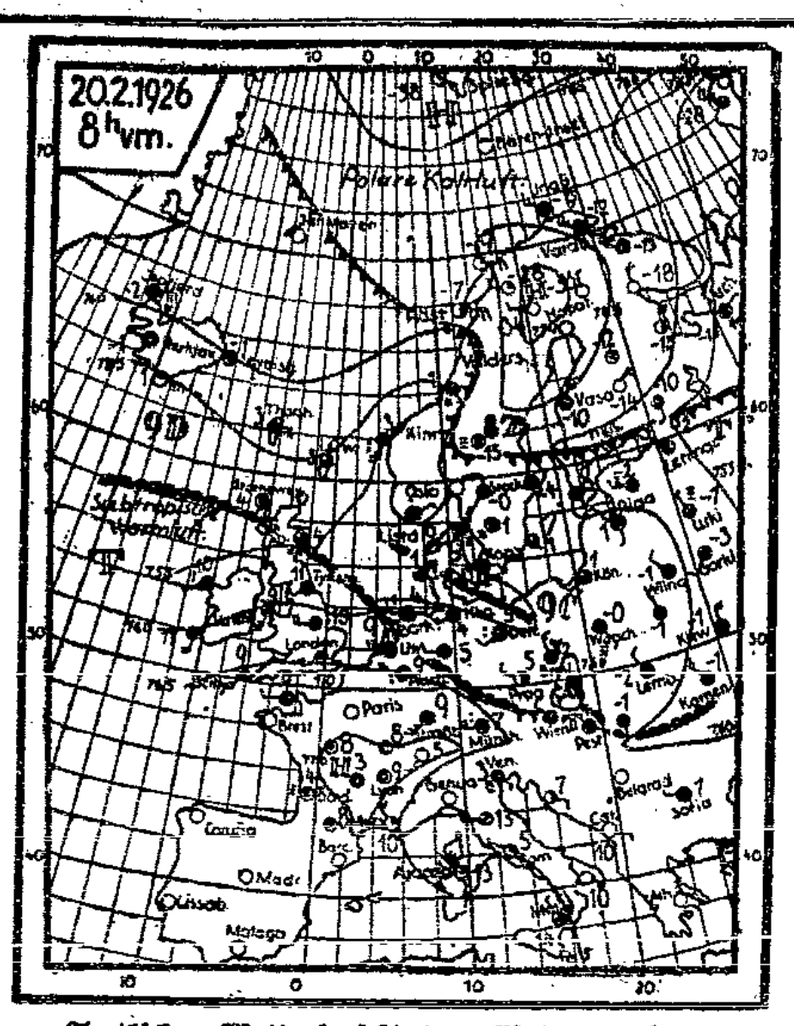
* **Die Kasperlespiele im Städtischen Jugendheim,** An der Matthiaskunst 2, sind wegen der Kurse für erwerbslose Jugendliche räumlich verlegt worden. Sie finden nunmehr, beginnend mit dem 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, nicht mehr im Theatersaal, sondern im Gesellschaftszimmer im 1. Stock des Jugendheims statt. Zur Aufführung gelangt: „Kasperle in der Türkei", ein heiteres Spiel mit entsprechender Pracht des Orients, ungewöhnlich pompösen Kostümen. Der Besuch kann nur wärmstens empfohlen werden.

* **Vertauscht** wurde am Donnerstag abend im Gewerkschaftshause ein schwarzer Velourhut mit den Metallbuchstaben G. St. Umzutauschen entweder am Buffett des Gewerkschaftshauses oder bei Stove, Einbaumstraße 24, 2. Stock.

* **Junghelfer und Junghelferinnen** hat, wie in der letzten Hauptausschußsitzung der Mittelstandsfürsorge u. a. zur Sprache kam, das städtische Berufsamt zur Verfügung. Genannte Junghelfer und Helferinnen können bei Arbeitslosigkeit nur dann auf Unterstützung rechnen, wenn sie im sozialen Helferdienst tätig sind, das heißt unentgeltliche Hilfeleistungen im Haushalt bei hilfsbedürftigen, älteren und kränklichen, unbemittelten Personen, z. B. Kohlen und Lebensmittel einholen oder aus dem Keller in die Wohnung schaffen und sonstige leichte Besorgungen übernehmen. Personen, welche von der Mittelstands- oder Wohlfahrtsfürsorge betreut werden und einer Hilfe im Haushalt zu genannten oder ähnlichen Arbeiten benötigen, müssen sich in dieser Angelegenheit an ihren Patron oder Pfleger zwecks unentgeltlicher Zuweisung eines Junghelfers oder einer Helferin wenden, welcher das weitere veranlaßt und den Antrag über das Wohlfahrtsamt an das Berufsamt weitergibt.

* **Die Feuerbestattung in Breslau.** In der letzten Hauptversammlung des Vereins für Feuerbestattung „Flamme" e. V. Breslau erstattete der Vorsitzende, Justizrat Reichsanwalt Merckle, den Jahresbericht und sah dabei unter anderem hervor, daß nunmehr in Breslau mit Fertigstellung des Krematoriums die Bewegung am hiesigen Platze in eine neue Epoche eintreten werde. Gar rasch werde sich herausstellen, daß der Bau sich als unzureichend erweisen werde. Die reichsgesetzliche Regelung der Feuerbestattung in Deutschland stehe unmittelbar bevor, der diesbezügliche Gesetzentwurf samt seinen Verbesserungsanträgen, die durch die Feuerbestattungsvereine gestellt wurden, liegt bereits dem Reichsrat vor und werde hiernach unverzüglich dem Reichstage zur endgültigen Beschlußfassung zugehen. Der Kassen- und Geschäftsbericht wurden entgegengenommen und hierauf der bisherige Vorstand neu- bzw. wiedergewählt. Danach beschäftigte man sich in sehr langer Aussprache mit den Abänderungen der Satzungen.

* **Falsche Reichsbanknoten über 10 Reichsmark.** Von den im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten über 10 Reichsmark mit dem Datum des 11. Oktober 1924 ist eine neue Fälschung festgestellt worden, die an nachstehenden Merkmalen unschwer zu erkennen ist: **Papier:** Im Griff etwas weicher. **Farbenpigmente:** Durch braune Druckfriche verpfuscht. **Wasserzeichen:** Durch fehlerhaften Aufdruck, stellenweise sehr kräftig und schemenhaft nachgebildet. **Genuarierte Blindprägung:** Der Kontrastfaserstreifen ist nicht tiefgrün, sondern als hellbleibendes Band geprägt. **Vorderseite:** Deutlicher Gesamteindruck mit auffälligen Verzeichnungen im männlichen Bildnis. Das Gesicht ist eckiger. Die Nase erscheint eingedrückt. **Rückseite:** Deutlich. Die beiden unteren Wertziffern sind nicht in die Mitte der freiwerdenden Stellen, sondern höherstehend eingefügt. Der Unterschied dieser Fälschung wird generell. Für die Verbreitung von Falschdruckpapieren, welche der Nachahmung von Reichsbanknoten dienen, gelten die Reichsgesetzbestimmungen.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Die hinter der Sturmzyklone 9 N. vom Donnerstag eingebrochene Kaltluft brachte vor allem dem Gebirge beträchtlichen Neuschnee. Bald folgte jedoch erneut mildere Luft vom Westen, die mit einem Regengebiet ganz Deutschland überquerte und uns am Sonntag erreichte. Infolge der sehr geringen Geschwindigkeit des Regengebietes war der Regen anhaltend und vor allem im Gebirge sehr ergiebig. Wir blieben vorläufig in der Nähe des Grenzgebietes zwischen milderer Westluft und kalter Nordluft. Vorübergehend können wir am Nordrande der Sudeten mit Föhnwirkung rechnen. — **Aussichten:** im östlichen Teil der Provinz mehr neblig trübe und etwas kühler, im Westen vielfach aufheiternd, vorübergehende Aufheiterung und milder, zeitweise leichter Regen.

Letzte Wettermaßnahmen.

Datum: 22. 2. 26.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag	Schnee cm
Krietern	6	9	5	Nebel	still	4,9	
Schneekoppe	−2	−0	−3	wolkig	W 5	5	60
Grünberg	6	8	5	Nebel	SO 2	1,5	
Oberschreiberhau				„		14	
K.-Schles. Baude				„			
Reiftträgerbaude				„			
Reinerz	3	6	0	halbbedeckt	SW 2		
Landeck	5	7	3	wolkig	SW 1	0,8	
Görlitz	5	9	5	bedeckt	SO 2	0,6	
Bad Flinsberg	4	5	3	wolkig	SSW 3	3,1	
Beuthen	5	6	1	Nebel	W 3	5	
Breslau				„		4,2	
Hensuderbaude	−0	1	−0	„	NO 3		
Kreuzburg	3	7	0	„	NO 1		60
Neiße	5	9	5	wolkig	still	1,6	
Rosenberg	6	7	2	Nebel	„	3,1	
Gleiwitz	6	7	5	„	SSW 3	2	
Zobten	3	5	3	heiter	WSW 2	3	

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Breslauer Volksbühne. Zu dem heute im großen Konzerthaussaal stattfindenden Volkstümlichen Orchesterkonzert erhalten die Mitglieder der Volksbühne sehr ermäßigte Eintrittskarten zum Einheitspreis von 1 Mark in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32.

Stadttheater (Opernhaus). Für Montag, 7½ Uhr, ist eine Wiederholung der komischen Operette „Der Carnival in Rom" von Johann Strauß angesetzt. Dienstag, Anfang 7 Uhr, „Der Rosenkavalier". Für Mittwoch, 7½ Uhr, ist Mozarts komische Oper „Cosi fan tutte" wieder angesetzt. Donnerstag, Anfang 6 Uhr, der „Ring des Nibelungen", zweiter Tag: „Siegfried". Sonnabend, 6½ Uhr, „Die Meistersinger von Nürnberg". Am kommenden Sonntag, den 28. Februar, vormittags 11½ Uhr, findet der Zyklus „Der Tanz im Wandel der Zeiten" mit der zweiten Abteilung: Von der Blütezeit des Balletts bis zur Gegenwart, seine Fortsetzung.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute abend „Die Teresina". Dienstag „Der Orlow" von Bruno Granichstaedten in der Premierenbesetzung.

Wintergartentheater. Die erfolgreiche Ausstattungs-Revue „Mal was Anderes" mit Robert Steidl und Th. Burns bleibt nur noch bis einschließlich Freitag, den 26. Februar. Ab Sonnabend, den 27. Februar, Gastspiel des bekannten Herrnfeld-Theaters aus Berlin.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Distrikt 6. Heute, Montag, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der „Wratislawia", Märkische Straße. Genosse Dr. Eckstein hält das Referat. Sorgt für starken Besuch.

Distrikt 7. Heute, Montag, pünktlich abends 8 Uhr, bei Arlt, Berliner Straße 82, wichtige öffentliche Frauenversammlung. Genosse Pettkert spricht über die „Witwen- und Waisenversorgung".

Distrikt 18. Heute abend, 8 Uhr, wichtige Funktionärsitzung in der Wohnung des Distriktsführers.

Distrikt 40. Heute, Montag, abends 8 Uhr, bei Strähler, Hubenstraße, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre. Alles muß erscheinen.

Freie Elternvereinigung. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, Generalversammlung. Niemand darf fehlen!

Arbeiter-Jugend.

A.-J.-Heim 10/12. Niemand vergesse unsern Mädelabend. Er findet heute, Montag in der Fürstenschule, Eingang Hedwigstraße, kleine Tür, statt. Mädels sind freundlichst eingeladen.

SAJ.-Funktionäre. Dienstag abend 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, unsere Funktionärversammlung statt. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Bezirk West. Heute abend ½8 Uhr findet in der Krischkeschule unsere Bezirksfunktionärversammlung statt. Jeder Funktionär hat pünktlich zu erscheinen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Singechor. Dienstag treffen wir uns schon um 5½ Uhr am Gewerkschaftshaus.

Konfirmanden und Schattenspieler aus der Gruppe 8. Zu unserer letzten, unbedingt notwendigen Probe, treffen wir uns Dienstag um 4 Uhr am Gewerkschaftshaus.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Montag, 5 Uhr, Bastelstunde für alle Kinder und letzte Reigenprobe. Dienstag, 6¾ Uhr, Treffen der Eltern und Kinder am Webskyplatz.

Gruppe 2 (Scheitnig). Montag, 5 Uhr, Reigenprobe; Dienstag, 7 Uhr, Treffen der Eltern und Kinder am Brausebad; Mittwoch, 5 Uhr, Zusammenkunft nur der Konfirmanden; Donnerstag, 5 Uhr, Bastelstunde der Jungens; Freitag, 5 Uhr, Bastelstunde der Mädchen.

Gruppe 3 (Odertor). Dienstag, 6½ Uhr, Treffen der Eltern und Kinder am Waterlooplatz. Die übrigen Veranstaltungen werden Dienstag mitgeteilt.

Gruppe 4 (Nikolaitor). Montag, 4½ Uhr, Reigenprobe; Dienstag, 6¼ Uhr, Treffen der Eltern und Kinder am Wachtplatz; Mittwoch, 4½ Uhr, Bastelstunde; Donnerstag, 4½ Uhr, Spiel und Tanz; Freitag, 4½ Uhr, Lesenachmittag.

Gruppe 5 (Gräbschen). Dienstag, 6 Uhr, Treffen der Eltern und Kinder an der Markthalle, Friedrichstraße. Alle anderen Veranstaltungen geben wir Dienstag bekannt.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Montag, 5 Uhr, Bastelstunde der Jungens; Dienstag, 6½ Uhr, Treffen der Eltern und Kinder an der Bohrauer- Ecke Lehmgrubenstraße. Freitag, 5¼ Uhr, Liedernachmittag.

Elternfest. Damit die Kinder am Dienstag nicht zu spät schlafen gehen müssen, wollen wir mit unserem Fest pünktlich um 7½ Uhr beginnen. Seid deswegen auch pünktlich an den vorstehend bekanntgegebenen Plätzen. Es sind jetzt noch einige Programme (60 für Kinder und 50 für Erwachsene) an der Abendkasse zu haben. Bringt Bekannte und Freunde mit.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Aus jeder Jugendgruppe erscheinen am Mittwoch, den 24. Februar im Gewerkschaftshause, abends 8 Uhr, soviel Kollegen, daß unsere Frühlingsfeier im März ohne Schaden stattfinden kann.

Baugewerksbund-Jugend. Unser „Bauabend mit Zeichnen" ist Mittwoch, den 24. Februar, abends um 7 Uhr, im Gewerkschaftshause.

Graphische Jugend. Ein „Brettspielabend" findet in unserem Heim, Taschenstraße, abends um 7½ Uhr, statt. Der Elternabend findet erst im März statt.

Holzarbeiter-Jugend. Montag, den 22. Februar, im Büro unsere Arbeitsgemeinschaft. Donnerstag, den 25. Februar, abends um 7½ Uhr, findet unsere Versammlung im Gewerkschaftshause statt. Thema: Stilarten im Möbelbau.

Metallarbeiter-Jugend. Ein Lichtbilderabend findet am Dienstag im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Sonntag besichtigen wir das Elektrizitätswerk am Scheibenweg.

Buchbinder-Jugend. Im Gewerkschaftshause findet in unserem Verbandsbüro eine Zusammenkunft statt. Wir unterhalten uns über das „Schwalbenbuch" von Toller.

Vereinskalender.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Dienstag, den 23. Februar, im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8, Versammlung der Herren- und Damenschneiderei.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Fachgruppe der Glaser. Mittwoch, den 24. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses die Fachgruppen-Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1925 und Aussprache, 2. Wahl der Ortsverwaltung, 3. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen eines jeden Kollegen zu dieser Versammlung ist Pflicht. Ohne Ausweis kein Zutritt. Der Fachgruppenleiter.

Jugendabteilung. Mittwoch, den 24. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses unsere Jugendversammlung statt. Das Erscheinen eines jeden Jugendkollegen zu dieser Versammlung ist Pflicht. Der Jugendleiter.

* **Schachlehrkurs für Anfänger.** Heute, Montag, abends 8 Uhr, beginnt im Lokal „Zur Schultheißquelle", Klosterstraße 44, der Schachlehrkursus für Anfänger. Alle Interessenten, die dieses edle Spiel erlernen wollen, sind freundlichst eingeladen. Der Kursus ist kostenlos.

* **Zusammenstoß.** Am Sonnabend morgen gegen 6 Uhr stieß an der Ecke Beuthen- und Striegauer Straße eine Pferdedroschke mit einem Straßenbahnzuge der Linie 6 zusammen. Bei der Straßenbahn zersplitterten einige Fensterscheiben, wodurch etliche Fahrgäste Schnittwunden davontrugen, während die Deichsel der Droschke zerbrach.

* **Arbeiter-Stenographenverein Arendt.** Heute abend 7½ Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 13, Monatsversammlung. Zum pünktlichen Erscheinen wird ersucht.

* **Die bakteriologische Untersuchung des Pferdefleisches,** nach dessen Genuß angeblich die Ehefrau eines in der Berliner Straße wohnhaften Handwerkers am 6. Februar verstorben ist, hat ergeben, daß das Fleisch völlig einwandfrei ist. Es wurde zum Verkauf freigegeben. Das Mißtrauen, das infolge des bedauerlichen Vorfalles seitens der Käufer dem Pferdefleisch entgegengebracht wird, ist völlig unbegründet. Alle Arten von Fleisch unterliegen der strengsten tierärztlichen Ueberwachung.

* **Die Geflügeldiebe** unter dem Hühner-Bestande des Oberingenieurs Fritz Schreiber, Kaiser-Wilhelm-Straße 139, ist erloschen.

* **Ueber „Geologie auf Wanderungen"** wird am 25. Februar, abends 8 Uhr, Dr. M. F. Wocke im Matthias-Gymnasium einen Vortrag halten. Es ist dieser Abend einer aus der Reihe von Veranstaltungen, die das Arbeitsamt für die schlesische Jugendbewegung in Aussicht genommen hat, um der wandernden Jugend ihre Heimat von den verschiedenen Seiten zu zeigen und nahe zu bringen. Karten sind in der Buch-, Kunst- und Warenstube „Greif", Bischofstraße 14, und an der Abendkasse zu haben.

* **Vermißt** wird seit dem 20. Dezember 1925 die Haustochter Eugenie Lachmann, geboren am 18. Juli 1907 zu Beuthen, zuletzt in Breslau wohnhaft gewesen. Sie ist 1,45 Meter groß, beleibt, hat dunkelblondes Haar, rötliches Gesicht, braune Augen, links Glasauge, und vollständige Zähne. Bekleidet mit schwarzer Samtkappe, braunem Mantel, blauem Cheviotkleid oder grauem Kostüm, schwarzen Strümpfen und schwarzen, hohen Schnürschuhen. Es wird Unglücksfall vermutet. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

* **In Elberfeld beschlagnahmt, in Breslau gestohlen!** Ein schwer goldenes Gliederarmband mit 3 großen Saphiren und 15 Brillanten; ferner ein Marquiering mit einem Saphir und 24 Brillanten. Wert 6000 Mark. Nachrichten erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 56.

* **Straßensperrung.** Wegen Kanalisationsarbeiten im Kreuz der Bohrauer und Steinstraße wird die Bohrauer Straße zwischen Stein- und Menzelstraße vom 22. Februar bis 4. März für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Stadt-Theater.

Symphoniekonzert.

Bei dem Konzert, das das verstärkte Stadttheaterorchester am Sonntagvormittag zugunsten der Gründung eines Pensions- und Unterstützungsfonds gab, konnte aus mancherlei Gründen keine rechte festliche, feierliche Stimmung aufkommen. So wirkten die gähnende Leere der teuren Plätze (nur das wirkliche, reine Kunst liebende, das nicht nach Stars und Reisern lüsterne Publikum war erschienen; und das saß oder stand weiter oben) und die schäbigen Kulissen im Lichte der ohne jede Verkleidung hingehängten Bühnenlampen nicht gerade stimmungsfördernd. Außerdem verschlangen die leinenen Wände der Bühne zuviel vom Klange des Orchesters, so daß breite Fülle und strahlender Glanz verloren gingen. Die akustischen Mängel machten sich besonders bei dem an erster Stelle des Programms stehenden Violinkonzert von Brahms empfindlich bemerkbar. Konzertmeister Heinrich Schwarz meisterte den heiklen Part der Soloviolinen; doch gelang es ihm nicht, da er noch zu sehr an der gedächtnismäßigen Reproduktion und an den technischen Schwierigkeiten haftete, das spröde Werk dem Empfinden näher zu bringen und das ausgiebige Figurenwerk zu beseelen. Dem Orchester merkte man das Fehlen der Routine im Begleiten von Instrumentalsolis an. Viel mehr in seinem Elemente, der Oper, und darum viel sicherer fühlte er sich bei der Untermalung der Straußschen Gesänge. Die oberflächliche schwülstige Musik zu den belanglosen, fast unmöglichen Texten gehört gerade nicht zu den besten Schöpfungen des Komponisten. Die blasse Wirkung dieser Werke wurde durch die gesanglich nicht befriedigende Wiedergabe durch Frau Dannenberg nicht behoben. Die Stimme der Sängerin schlug nicht leicht und wohlklingend an, die Töne wurden oft forciert, gewisse Manierertheiten der Bühne waren nicht am Platze.

Das Kernstück des Konzerts bildete Mahlers 1. Symphonie. Befremdlich war es, daß man die Erläuterungen, die Mahler selbst unterdrückt hat, auf dem Programmzettel abgedruckt hatte. Die Aufführung der Symphonie stellt, weil in ihr sich alle Farben der Seele spiegeln, weil in ihr freudige Hingabe an das Leben, bitterer Weltschmerz, bizarre groteske Ironien, friedliche Verklärtheit, qualvoller Aufschrei und heldisch zinghaftes Emporzucken so nah bei einanderstehen, an den Dirigenten die Anforderung, die feinfühligsten Intuitionen dem Orchester in raschem Wechsel zu übermitteln. Die Art Cortolezis, zu denken, zu formen und zu beleuchten, interessiert, wenn man auch nicht immer innere Notwendigkeit spürt und mit allen Einzelheiten, so z. B. den Tempi, einverstanden ist. Die wie aus einem Guß gelungene Darbietung dieser herrlichen Musik war ein Erlebnis. —t—t.

„Rigoletto".

Für die Neuinszenierung des Werkes kann es keine zwingenden Gründe geben. Aus derselben Verdi'schen Schaffensperiode haben wir bereits „Traviata" im Plan. Eins der reifen Spätwerke des Meisters ist der Pflege an unseren Opernbühnen würdiger als diese, dem trivialen „Troubadour" verwandte, dazu an einer schlechten, holprigen Textübersetzung leidende, Oper.

Bei allem Experimentieren geht Turnau als Regisseur von einer lobenswerten Eindringlichkeit des Schauspielerischen nicht ab. Besondere Sorgfalt ist offenbar auf den ersten Akt, das Fest des Herzogs von Mantua, verwandt worden. Auch das Bühnenbild dieses Aktes war am annehmbarsten. Im großen ganzen machten die Bilder (Mahlau) erfreulich gemäßigten Eindruck, bis auf die einem Kasperletheater sehr ähnliche Hausruine des letzten Aufzuges. Lobende Erwähnung verdienen die geschmackvollen Kostüme.

Karl Aug. Neumann gab den verwachsenen Narren. Er lieh ihm besonders glaubhafte Züge in der Sorge um die geraubte Tochter. Den Kantilenen ist sein Organ nicht gewachsen. Mit seinem vorwiegenden Sprechgesang fiel Herr Neumann aus dem Stil des Ganzen. Mit Recht wird Arnold Georgewsky nur selten herausgestellt. So lange er nicht die völlig unbrauchbare Textaussprache verbessert, wird er als Fremdkörper im Ensemble wirken. Auch schauspielerisch wurde der leichtlebige Herzog nicht gerade reich ausgestattet. Wilhelmine Folkners Gilda hatte lediglich in der klug angewandten Kopfhöhe und in den Koloraturen gute Seiten; mimisch blieb sie starr, im Duett mit dem Herzog störte die Abhängigkeit vom Dirigenten. Es beeindruckt komisch, wenn sie ihrem Liebsten in seinen Armen ihre Liebe eingesteht und ihn hierbei nicht einmal andeutungsweise anschaut. Im großen Quartett des letzten Aktes war die Altistin Karmann recht am Ort. Verführerische Reize entwickelte sie nach Möglichkeit. Der würdevolle Monterone Gerd Herm Andras und Wittekopfs Sparafucile vervollständigten das Hauptensemble. Ernst Mehlich hielt das Musikalische in Ordnung, bevorzugte Schneckentempi und lieferte, im ganzen genommen, eine gute Durchschnittsleistung. — Das Haus war gut besetzt, der Beifall nicht besonders stark. W. S—der.

Lobe-Theater.

Eurhythmische Kunst.

Das Lobe-Theater lieh am Freitag seine Bühne den „Darbietungen Eurhythmischer Kunst, ausgehend vom Goetheanum", das heißt: wir sahen nach den Ideen des Anthroposophen Rudolf Steiner tänzerisch sich bewegende Menschen, welche vorgaben, durch die Bewegung ihrer Körper, wohl auch durch die schönen Farben ihrer weniger schönen Gewänder, den tiefsten Gehalt der Musikstücke oder Gedichte, die gleichzeitig vorgetragen wurden, darzustellen. Rudolf Steiner betont in einer beigegebenen Einführung, daß dies nicht Tanz sei, sondern eben Eurhythmie. Der Unbefangene aber hat von solcher Eurhythmie nichts als ein großes Unbehagen, denn sie erscheint ihm trotz Steiner als Tanz, aber als technisch unfähiger, höchst dilettantischer und erfindungsärmer. Es ist schlechterdings unmöglich, ohne tänzerische Durchbildung mit dem Körper etwas auszudrücken. Das steife Rückgrat, die hilflosen Beine verhindern jede Hingabe. Allein die Arme haben gewisse Formeln erlernt, die sie fleißig rudernd anwenden. Man erkennt wohl eine Beziehung zwischen diesen Bewegungen und der Musik: es ist als würde in kleinlich äußerlicher Form der Rhythmus des Stückes nachgezogen; es ist höchstens fleißige, aber arme und gewaltsame Berechnung und Einordnung in ein bestimmtes Prinzip erkennlich, nicht aber schöpferische Intuition und strömende Kraft. Zumal in Gruppenspielen wird das spärliche Armbewegen sehr unerfreulich und langweilig. Der Rezitierende sprach unbeholfen, soweit ich ihn hörte (ich verließ vor dem letzten Teil das Haus). Die Gedichte von Steiner habe ich nicht verstanden. Mir, als Uneingeweihten, ist diese Vorführung als feierlich aufgemachter Dilettantismus vorgekommen und hat mich als solcher nicht erbaut. Das Publikum im dreiviertelvollen Hause applaudierte ziemlich lebhaft. M. Br.

Filmschau.

In den Ufa-Lichtspielen und im Promenaden-Theater läuft „Die rote Maus", aber keine vierbeinige. „Die rote Maus" ist ein Mädchen aus guter Familie, das, verwaist, von der Großmutter erzogen wird, einen Liederjan liebt, von ihm sich entführen läßt und schließlich mit ihm auf die schiefe Ebene gerät. Als Filmtalent entdeckt, macht sie rasch Karriere, gelangt durch Heirat in die ersten Gesellschaftskreise, aber die Schatten der Vergangenheit wird sie erst los, nachdem Billy, ihr Jugendgeliebter, der sie ins Elend gebracht, tot ist.

Die Regie hat hier geschickt und wirkungsvoll gearbeitet. Naturgetreue Bilder aus den Kaschemmen, aus dem Scheunenviertel, rollen an uns vorbei. Nicht minder gut sind die Szenen aus dem gesellschaftlichen Leben.

Asta Egede Nissen ist ein Mäuschen, das gefallen kann. Alle Register ihrer reifen Darstellungskunst zieht sie hier auf. Trefflich paßt zu ihr der Gentleman-Dieb Billy, alias Paul Richter. Aus der Reihe der übrigen Darsteller sind besonders zu erwähnen: Margerete Kupfer (als Kupplerin), Fritz Spira und Ch. W. Kayser. Vor der Bekanntschaft mit der „roten Maus" macht man eine Reise im Fluge durch die Welt und macht einen Abstecher nach Neapel. Alles in allem, ein lebenswertes Programm.

Aus Schlesien.

Die große Pleite des Stahlhelms.

Unterm 20. Januar 1926 hat der Rittergutsbesitzer v. Lucke-Groß-Kloden im Kreise Guhrau an „alle National-Gesinnten" die dringende Bitte gerichtet, baldmöglichst einen Beitrag für die Stahlhelm-Organisation zu spenden. Zur Begründung verweist er in dem gedruckten Aufruf, der die nationalen Geldbeutel aufschließen soll, auf ein vom Amtsrat von Bereuth, dem Großgrundbesitzer von Krakchen-Heinzendorf, in einer größeren Sitzung des Arbeitgeberverbandes verlesenes Rundschreiben des Vorstandes der schlesischen Stahlhelmorganisation, in welchem deren außerordentliche Notlage und dringende Hilfsbedürftigkeit auseinandergesetzt wird. Eine recht bedeutende, als sehr drückend empfundene Schuldenlast muß getilgt umgehend werden. Dazu bedarf man der Mitwirkung aller Stahlhelmfreunde. Herr von Lucke empfiehlt in seinem Aufruf, gestützt auf einen Versammlungsbeschluß, daß die größeren Besitzer 50 bis 100 Mark (beinahe das Monatseinkommen eines Arbeiters!), die mittleren bezw. kleineren Besitzer 20 bis 50 Mark hergeben möchten. Er kann berichten, daß Herr von Winterfeld-Bronau bereits 100 Mark, Herr von Goßler-Schütz 50 Mark, er selbst 40 Mark gezeichnet oder auch gezahlt haben. Als leuchtendes Beispiel wird der Kreis Lüben hingestellt, der schon gegen 3000 Mark aufgebracht habe. So sieht das vielverkündete wirtschaftliche Elend der notleidenden Agrarier aus! Immerhin, die unproduktive Stahlhelmorganisation wird zu einem recht unbequemen Sorgenkind ihrer Drahtzieher. Aber „es bedarf wohl keines Hinweises darauf, daß es nicht nur eine nationale Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes ist, sondern auch zweifellos in unser aller (insbesondere der Grundbesitzer) persönlichem Interesse liegt, die Stahlhelm-Vereinigung vor Zusammenbruch zu bewahren und weiter aufrechtzuerhalten", heißt es wörtlich bei Herrn von Lucke. Diese „nationale Pflicht", wie die selbstsüchtige Feindschaft gegen das deutsche Volk und seinen Staat im „neuteutschen" Wörterbuch übersetzt wird, lassen sich dieselben Herren etwas kosten, die für die Hunderttausende erwerbsloser Volksgenossen nichts übrig haben. Immerhin, der Stahlhelm ist pleite und bedarf dringend der Sanierung; aber keine Sanierung kann ihm auf die Dauer helfen, weil die Idee pleite ist, der er dient, schon darum, weil sie eine Idee von vorgestern ist. Kein Wunder, daß sich so viele zweifelhafte und urteilslose Elemente in den zerrütteten Stahlhelmorganisationen tummeln, deren staatsgefährliche Politik zur Negativität verdammt ist!

Trotzdem — man versucht vorläufig den Stahlhelm zu halten, auch wenn es Opfer kostet. Man wird aber auch andererseits nicht gewillt sein, diese Opfer ganz ohne Gegenleistung zu bringen. Vielen unter den agrarischen Hütern der glorreichen Traditionen der alten Armee ist es längst ein Dorn im Auge, daß dem Stahlhelm, trotzdem er durchaus legitim aus dem „Heiligen" Kriege geboren ist und mehr als einmal die „Feuertaufe" erhalten hat, der ruhmreiche Adler fehlt, der doch erst recht eigentlich den Helm zum Helme macht. Sie werden jetzt wohl ihre Ansprüche anmelden und verlangen, daß der Stahlhelm, wenn auch nicht mit dem Adler, so doch mit dem Pleitegeier verziert wird. Wir raten freilich ab, denn wie immer das Helmtier aussehen möge, es führt in der Sprache der in die militärischen Geheimnisse Eingeweihten den Namen „Kuckuck", und der Stahlhelm wird doch sicherlich ein Abzeichen vermeiden wollen, das das so vielleicht richtige, aber doch sehr harte und lieblose Urteil, er gehe zum Kuckuck, so sichtbarlich bestätigen würde.

Verbotene Arbeitslosenversammlung in Kattowitz und Myslowitz.

Eine kürzlich in Kattowitz anberaumte Arbeitslosenversammlung konnte infolge Einschreitens der Polizei nicht abgehalten werden. Am Eingang zum Versammlungslokal war eine polizeiliche Bekanntmachung angebracht worden, wonach die Abhaltung der Versammlung zwecks Vermeidung eventueller Ruhestörungen und Krawalle untersagt wurde. Die in Massen erschienenen Arbeitslosen wurden von an Ort und Stelle erschienener Polizei zerstreut und aufgelöst. Durch Verstärkung von Polizeimannschaften wurden die wichtigsten Straßenzugänge der Stadt besetzt gehalten und die Straßenzüge selbst durch berittene Polizei abpatrouilliert, um eventuellen Ausschreitungen zu begegnen.

In Myslowitz, wo gleichfalls die Arbeitslosen in einer Versammlung zu ihrer überaus traurigen Lage Stellung nehmen wollten, wurde überhaupt nicht die behördliche Erlaubnis zu dieser erteilt, was unter den Erwerbslosen die größte Beunruhigung hervorrief.

Machts nach.

Der Genosse Busch aus Zedlitz, Kreis Ohlau, hat auf seiner Sammelliste zum Volksbegehren in wenigen Tagen 53,00 Mark von 78 Personen gesammelt. Was hier der eifrigen Tätigkeit eines Genossen im kleinen Dorf möglich war, muß allen anderen Genossen ebenso gut gelingen.

Deshalb auf in allen Ortsgruppen an die Sammeltätigkeit, um die Munition für diesen jetzt begonnenen harten Kampf zu schaffen.

Sibyllenort. Unglücksfall oder Selbstmord? Sonntag früh, gegen 6 Uhr, fand man auf dem Bahnkörper in der Nähe des Bahnhofes Sibyllenort die Leiche eines jungen Mannes, dem vom Zuge das eine Bein vollständig und vom anderen der Fuß abgefahren worden war. Durch die Papiere, die man bei ihm vorfand, ist festgestellt, daß es der Sohn des Bäckermeisters Dietrich aus Festenberg ist. Am Abend vorher hielt sich der Ueberfahrene noch in der Gastwirtschaft in Sibyllenort auf, und dem zufällig anwesenden Landjäger fiel sein aufgeregtes Wesen auf, sodaß er ihn nach den Papieren fragte, worauf er äußerte, er wolle mit dem Acht-Uhr-Zuge nach Breslau fahren. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht erwiesen.

Brieg. 500 Mark Belohnung. Der Regierungspräsident hat für die Ergreifung der Täter, die in der Nacht zum 8. Februar in die Wohnung des Rechtsanwalts Bochet in Brieg eindrangen und dort eine Dame und ein Kind zu erwürgen und zu verbrennen suchten, eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Den Tätern gelang es nur bei dem versuchten Totschlag Wertgegenstände zu rauben.

Cosel. Vom Oderhafen. In den drei Hafenbecken des Coseler Umschlaghafens ist bereits in der vergangenen Woche das Durchbrechen der Eismassen von starken Schraubendampfern erfolgt, um den Hafen für die Fahrzeuge freizumachen. Es ist also in kürzester Frist mit der Wiederaufnahme der Schiffahrt zu rechnen. Dieser Tage sollen auch die Nadelwehre wieder aufgerichtet werden. Auch die im vorigen Jahre in Angriff genommenen Erneuerungsarbeiten bei der Schleppzugschleuse bei Krappitz sind fertiggestellt, so daß der Aufnahme des Verkehrs keinerlei Hindernisse mehr im Wege stehen.

Guttentag. Die böse Schwiegermutter der Märchen ist für den Landwirt Franz W. von hier eine traurige Wirklichkeit. Sie wurde beobachtet, wie sie seinen Tieren Gift streute. 15 Hühner mußten daran glauben. Der Hund war klug genug, den giftigen Phosphorbrei unberührt zu lassen.

Königshütte. Opfer der Arbeitslosigkeit. Vor einer Eisenbahnüberführung zwischen der Eisenbahnstrecke Königshütte und Kattowitz wurde die Leiche des Franz Malur gefunden. Die behördlichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Selbstmord handelt. Malur war seit längerer Zeit arbeitslos und darin dürfte auch das Motiv zu der Tat zu suchen sein.

Beuthen OS. Die Beisetzung des Berginspektors Lamprecht hat hier am Sonnabend unter sehr großer Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. Beide Bürgermeister, der Stadtverordnetenvorsteher und ein großer Teil der Stadtverordneten waren erschienen. Durch die Beteiligung der Tausende wurde die Beisetzung weit über das Persönliche hinaus eine Kundgebung für den Schutz der Rechte der deutschen Minderheiten in Polen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Erweiterter Parteivorstand Breslau- (Land-) Neumarkt.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 6 Uhr, findet im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses eine

erweiterte Vorstandssitzung

statt.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den unverschämten Forderungen der ehemaligen Fürsten. Redner noch unbestimmt.
2. Die praktische Durchführung des Volksbegehrens. Redner Genosse Schiffer.
3. Verschiedenes.

Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Im Behinderungsfalle ist unbedingt ein Vertreter zu entsenden. J. A.: G. Schiffer.

Carlowitz. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. So können wir in Carlowitz mit gutem Recht von unserer bürgerlichen Mehrheit behaupten. Es scheint uns recht notwendig, daß wir diese Angelegenheit einmal der Oeffentlichkeit unterbreiten. Vor einiger Zeit ging durch die ganze bürgerliche Presse und im Wahlkampf zu den Kreistagen wurde es auch von den bürgerlichen Rednern gegen die Liste der SPD. verwendet, daß in Gemeinde-Vertretungen mit sozialistischer Mehrheit in unverantwortlicher Weise mit öffentlichen Geldern gewirtschaftet werde, wobei das Gemeinwohl in letzter Linie Berücksichtigung findet. Ganz besonders sei dies dort festzustellen, wo die Gemeinden Neubauten ausführen, denn bei Vergebung der Arbeiten erhalte stets die sozialistische Bauhütte den Zuschlag, selbst dann, wenn sie teurer als die Konkurrenz sei. Es wurden einige Orte, z. B. Königszelt, Waldenburg, Kleitendorf und Rosenthal angeführt, und der „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Schlesien" erhob scharfen Protest bei der Aufsichtsbehörde. In einer Rundverfügung wies letztere die unteren Behörden an, vorkommendenfalls sofort einzuschreiten und den Gemeinden die Hauszinssteuerhypotheken zu kürzen. Nun, als in unserer Gemeinde die Vergebung der Arbeiten zu einem Zwölffamilienhause erfolgte, war die Bauhütte, Breslau, die billigste, trotzdem aber hat Herr Mager-Hundsfeld den Zuschlag erhalten. Zwar ist der Unterschied nicht sehr groß, er hätte sich aber dadurch erheblich erhöht, daß die Bauhütte die der Gemeinde gehörenden 8000 Stück Ziegeln zu einem höheren Preise abgekauft hätte als es Herr Mager getan hat. Wie weit persönliche Freundschaft einzelner bürgerlicher Herren der Gemeindevertretung dabei mitgewirkt haben mag, wollen wir hier nicht untersuchen, obwohl es in unserer Gemeinde die Spatzen von den Dächern pfeifen. Wir wollten nur darauf hinweisen, daß die Vorwürfe der bürgerlichen Meute gegen sozialistische Gemeinden ungerechtfertigt sind, denn die Herren sitzen selbst im Glashause, sie sollen sich hüten, andere mit Steinen zu werfen!

Neumarkt. Die republikanische Regierung im Geiste eines von der Republik bezahlten Schulrektors. Am vergangenen Sonntag fand in der hiesigen evangelischen Kirche die Einführung des an Stelle des verstorbenen Pastor Großmann gewählten Pastors Ueberschaar statt. Wie es bei derartigen Gelegenheiten üblich, findet behufs gegenseitiger Annäherung eine nachträgliche Feier statt. So war es auch diesmal. Nachmittags 3 Uhr schloß sich ein gemeinsames Festessen im „Hohen Hause" an, zu welchem die Vertreter des Kreises, der Stadt und auch Vertreter der anderen Konfession erschienen waren. Reden wurden geschwungen auf beiderseitiges Einvernehmen und Zusammenarbeiten. Alles schien in schönster Harmonie verlaufen zu wollen und die Feier durch nichts gestört zu werden. Aber da trat ein erst vor kurzem hier in Amt und Würden getretener „Volkserzieher", Rektor Schulz, auf, und betonte zugleich, daß er für die „Kleinen" spreche. Was er redete, kann er, wenn er ehrlich ist, vor seinem Gewissen als Beamter nicht vertreten. Denn er warf der Republik den Fehdehandschuh ins Gesicht, indem er unter anderem erklärte, daß der heutige Staat oder die Regierung religionslos wären und die Religion geradezu vernichtet würde. Dies vor Vertretern seiner vorgesetzten Schulbehörde und des Kreises. Uns als freidenkende Menschen könnte in diese Aeußerung kalt lassen, aber daß die anwesenden republikanischen Beamten doch anderer Ansicht sind, wie er, konnte man daraus ersehen, daß ihm von ihrer Seite der Wunsch nahegelegt wurde, die Tür von draußen zuzumachen . . . Und er verschwand vor ihren Blicken. Was gibt es doch für armselige Geister! Der Mutter Republik, die den Rektor nährt, wird ihre Liebe mit Undank vergolten. Es scheint an der Zeit, daß diesem Schulmeisterlein von „berufener Seite" etwas mehr „Religion" beigebracht würde.

Volksbegehren.

Nun tretet an zum Volksbegehren,
Zu wehren frechem Uebermut;
Der Fürsten Habgier will verzehren
Den letzten Rest von unserm Gut!
Wer wollte dulden diese Schande?
Das Gold gehört dem Vaterlande,
So wie sie selbst uns einstens rieten,
Solange ihre Chancen blühten.

Sie lieben gut und viel zu fressen,
Doch ist die Fürstenkumpanei
Mitsamt den Schranzen und Maitressen
Nicht wert ein ausgeblasen Ei!
Soll für das Pack nun noch mehr fasten,
Um aufzubringen all die Lasten,
Das Volk, das lange war geduldig,
Obwohl es ihnen nichts ist schuldig?

Dreist fordern sie noch Milliarden,
In Gold, nicht etwa in Papier,
Vom alten Vaterland der Barden,
An dem sie stillten ihre Gier,
Ausplündernd aller Zeit Geschlechter,
Als Rechts- und als Gesetzverächter,
Bis endlich, an der Zeitenwende,
Ging ihre wüste Macht zu Ende.

Drum, tretet an zur Poloneaise,
Wie einst im Krieg um etwas Fett!
Auf Markt und Straßen mit Getöse,
Ruft alle Faulen aus dem Bett!
Mit Festigkeit tragt euren Namen,
Auf daß er bringe goldnen Samen,
In die bald ausgelegte Liste.
Packt an! Wir schnorchen nun die Kiste!

Redr.

Tabletten
für Sänger, Sprechleute, Raucher

Das Buch!
Volksmacht-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 3

Vereinfachung der Lohnsteuer.

Der Reichstag nahm am Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer an, das auf den kürzlich eingebrachten sozialdemokratischen Antrag zurückgeht. Die Vereinfachung der geltenden Bestimmungen bezieht sich in erster Linie auf die Erstattungen wegen Verdienstausfall infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik, Aussperrung usw. Infolge der dreimaligen Aenderung der Lohnabzugsbestimmungen im vergangenen Jahre hatte sich hier ein unmöglicher Zustand herausgebildet. Die Bestimmungen waren so unklar, daß selbst die Finanzämter nicht wußten, wie die Erstattungen im einzelnen Fall zu berechnen sind. Daher sind viele Steuerpflichtige durch falsche Berechnungen geschädigt worden. Auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer war das bisherige Verfahren äußerst umständlich, da mehrere Verdienst- und Steuerbescheinigungen notwendig waren. Insbesondere aber drohte die immer stärker wachsende Zahl der Anträge, die schließlich in die Millionen ging, den Geschäftsbetrieb der Finanzämter überhaupt lahmzulegen.

Die Vereinfachung des neuen Gesetzes besteht einmal in der Klarstellung, daß für das Jahr 1925 von einem steuerfreien Lohnbetrag von 860 Mark auszugehen ist, und zweitens die Erstattungen nach Pauschbeträgen errechnet werden. Während bisher für jeden Antrag mehrere Lohn-, Steuer- und Verdienstausfallbescheinigungen notwendig waren, fällt künftig die Lohnbescheinigung ganz weg; es ist nur noch eine Steuerbescheinigung und die Nachweise über die Dauer des Verdienstausfalles nötig. Die Berechnung des zu erstattenden Betrages erfolgt nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern auf Grund von Pauschbeträgen, die ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe für jede Woche des Verdienstausfalls betragen:

a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwitweten Arbeitnehmer 2 Mark,
b) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50 Mark,
c) bei einem verheirateten oder verwitweten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern 3 Mark.

Hierbei werden acht volle Stunden einem Tag, sechs volle Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für die Familien ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend. Danach wird einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der zum Beispiel vier volle Wochen erwerbslos gewesen ist, der Betrag von 10 Mark erstattet. Das Gesetz gibt jetzt auch an, welche Nachweise für die Dauer des Verdienstausfalls anerkannt werden sollen und zwar: bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder des Arbeitgebers, insbesondere aber die Bescheinigung des Berufsverbandes.

Dagegen hat sich nicht vermeiden lassen, daß insofern eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand eintritt, als künftig nur noch Anträge für das ganze Kalenderjahr zulässig sind, während die Vierteljahrsanträge fortfallen. Dieser Forderung des Reichsfinanzministeriums mußte zugestimmt werden, weil nur während des ersten Vierteljahrs eine Bearbeitung der Anträge ohne Beeinträchtigung der Einkommen- und Vermögenssteuerveranlagung von den Finanzämtern durchgeführt werden kann. Im übrigen bringt die Erstattung auf Grund der Pauschbeträge für die meisten Arbeitnehmer eine nicht unwesentliche Erhöhung des zu erstattenden Betrages, allerdings für wenige auch eine Schlechterstellung gegenüber dem bisherigen Verfahren. Bei den großen sonstigen Vorzügen des neuen Verfahrens müssen diese kleinen Unebenheiten in Kauf genommen werden.

Das Gesetz tritt sofort nach seiner Verkündigung im Reichsgesetzblatt in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die Vereinfachung kann nur auf die Fälle angewendet werden, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden waren. Die erledigten Erstattungen können also nicht wieder aufgerollt werden.

Als weitere Vereinfachung bringt das Gesetz die Zusammenziehung der Pauschsätze für Werbungskosten und Sonderleistungen in einem Betrag von monatlich 40 Mark. Auf Grund des Einkommensteuergesetzes konnte bisher eine getrennte Erhöhung der Werbungskosten und Sonderleistungen erfolgen, wenn die tatsächlichen Aufwendungen des Steuerpflichtigen zum Beispiel für Werbungskosten monatlich 20 Mark überstiegen, gleichgültig ob seine tatsächlichen Sonderleistungen den dafür angesetzten Pauschbetrag von ebenfalls 20 Mark erreichten oder nicht. Da auch auf Grund dieser Bestimmung eine übergroße Zahl von Anträgen gestellt wurde, erfolgte die Zusammenziehung. Die so erfolgte Eindämmung bedeutet eine Erschwerung der Erhöhungen des steuerfreien Lohnbetrages, ist aber gerechtfertigt, weil für die Trennung von Werbungskosten und Sonderleistungen kein sachlicher Grund besteht. Diese Aenderung hat zunächst jedoch keine Bedeutung, denn sie gilt erst für das Jahr 1927, während es für 1926 bei den bisherigen Vorschriften bleibt.

Es ist wünschenswert, daß Lohnsteuerpflichtige, die einen Erstattungsanspruch geltend machen wollen, den Antrag möglichst bald stellen. Je eher Anträge gestellt werden, desto schneller können sie erledigt werden. Das ist neben dem Vorteil für die Lohnsteuerpflichtigen auch eine Erleichterung der schweren Aufgabe der Finanzverwaltung bei der Durchführung der Steuerveranlagungen.

Erich Rinner.

Wie ist die Steuer des Kurzarbeiters zu berechnen?

In letzter Zeit ist wiederholt Beschwerde darüber geführt worden, daß der Lohnsteuerabzug der Kurzarbeiter nicht richtig gehandhabt wird. Viele Arbeitgeber rechnen den Kurzarbeitern nicht die vollen Wochenermäßigungen an, sondern berücksichtigen nur die Ermäßigung, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen. Arbeitet also zum Beispiel ein Arbeiter nur Montags, Mittwochs und Freitags, so werden ihm auch nur die Ermäßigungen für drei Tage gut gebracht. Auch manche Finanzämter teilen diesen Standpunkt.

Eine solche Berechnung ist, wie der Reichsfinanzminister in einem Erlaß erneut feststellt, falsch. Auch im Fall der Kurzarbeit sind vielmehr ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist, die vollen Wochenermäßigungen freizulassen. Das gilt sowohl vom wöchentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 24 Mark, wie von den Familienermäßigungen, die für die Ehefrau 2,40 Mark, für das erste Kind 2,40 Mark, für das zweite Kind 4,80 Mark usw. wöchentlich betragen. Auf diese Weise werden die meisten Kurzarbeiter tatsächlich steuerfrei, während sie bei den falschen Berechnungen durchweg Steuern zu zahlen haben. In diesem Falle haben sie einen Anspruch auf Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer und können einen dahingehenden Antrag an das Finanzamt stellen.

Da die Arbeitgeber den Arbeitern die für einen solchen Erstattungsantrag nötigen Bescheinigungen ausstellen müssen, so haben sie selbst ein Interesse daran, die Zahl der Erstattungsanträge nicht durch falsche Steuerberechnung bei Kurzarbeitern zu vermehren. — Dieselben Bestimmungen wie für Kurzarbeiter gelten auch dann, wenn ein Arbeiter durch Krankheit oder sonst ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Lohn bezogen hat und bei demselben Arbeitgeber beschäftigt blieb.

Lohnabzüge — Kündigungen.

Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Dortmunder Union, hat ihren Angestellten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß sie dem Schiedsspruch, wonach ab 1. Oktober 1925 eine 5prozentige Gehaltserhöhung einzutreten hat, infolge der schlechten Wirtschaftslage nicht nachkommen könne. Die Angestellten sollen innerhalb drei Tagen erklären, ob sie auf die Gehaltserhöhung verzichten oder nicht. Falls sie nicht verzichten, gilt das Rundschreiben gleichzeitig als Kündigung.

Die Verwaltung der Metallwarenfabrik Mayweg und Wiedenholz in Dortmund hat einen großen Teil ihrer Arbeiter entlassen. Diejenigen Werksangehörigen, die weiterarbeiten, erklären sich mit einem Lohnabzug von 20 Prozent einverstanden. — Die Krupp'sche Zechenverwaltung in Essen beabsichtigt, die Zeche Hannibal II in Eickel wegen Absatzmangel stillzulegen. Von der Stillegung werden 1000 Arbeiter und 42 Beamte betroffen.

Die Thyssen'sche Hamborner Bergbauverwaltung teilt ebenfalls mit, daß sie sich gezwungen sieht, wegen der neuen Absatzschwierigkeiten ab 22. Februar 3000 Bergleute auf die voraussichtliche Dauer von drei Wochen zu beurlauben und der Erwerbslosenfürsorge zu überweisen, weil durch fortgesetztes Einlegen von Feierschichten das Förderzeitminimum der Gesamtbelegschaft zu sehr herabgedrückt wurde. Man rechnet damit, daß sich bis Mitte März der Kohlenabsatz bessern wird, und die beurlaubten Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Der Reichsmantelturif für die Gemeindearbeiter.

Bei den Verhandlungen über eine Neufassung des Reichsmantelturifes für die Gemeindearbeiter, der am 31. März d. Js. abläuft, ist zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen ein Vordertrag zustande gekommen, der noch der Genehmigung der Verbandsorgane bedarf. Dieses Abkommen sieht vor, daß der Reichsmantelturif im wesentlichen bis zum 31. März 1927 verlängert und zunächst nur über die Neufassung von drei Bestimmungen des bisherigen Vertrages verhandelt wird.

Die Fahnenweihe des Breslauer Konditorgehilfen-Vereins von 1901.

Am 4. Februar feierte der Breslauer Konditorgehilfen-Verein das Fest seines 25jährigen Bestehens, verbunden mit Fahnenweihe im Breslauer Konzerthause. Der Verein wurde im Jahre 1901 von sechs Breslauer Konditorgehilfen gegründet zum Zwecke die Gehilfenschaft, die zu der damaligen Zeit im tiefsten Elend steckte, einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Jahrelang hat der Verein diese unter der Führung aufrechter Menschen gestellte Aufgabe erfüllt. Besonders in der Inflationszeit, als der Verein seine Mitglieder durch Statut verpflichtete, Mitglied des Bäcker- und Konditoren-Verbandes zu sein, wurde in sozialpolitischer, kultureller Hinsicht hervorragendes geleistet.

Ferner wurde für die gesamte Breslauer Gehilfenschaft ein Tarifvertrag geschaffen, der neben der Ferienfrage und der Auslegung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches unerkennenswerte Errungenschaften brachte. Seit Mitte des Jahres 1924, als der Verein seinen Anschluß vom Zentralverband deutscher Konditoren, Bäcker und Berufsgenossen, Sektion Breslau, in den Hauptvorstand auf der Schandstraße verlegte, und die Leitung des Vereins in die Hände der im Besitz des Meistertitels befindlichen Herren Ventur und Wersch legte, hat dieser Verein jegliches Ansehen unter der aufrichtig denkenden Gehilfenschaft verloren, und gerade die älteren Konditorgehilfen haben sich abgewandt.

Die Vereinsleitung verfolgt ein Ziel, das einer gelben Streikbrecherorganisation alle Ehre machen würde. Besonders soll hervorgehoben werden, daß diese Herren vor nicht langer Zeit versuchten, den mit dem Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbande bestehenden Tarif zu unterminieren, um die gesamte Kollegenschaft zu schädigen und dafür in den Augen der Arbeitgeber für ihre Liebedienerei ein größeres Ansehen zu genießen. Wie weit aber die Unterwürfigkeit und Kriecherei dieser Herren gediehen ist, soll in nachfolgenden Worten über die Fahnenweihe gesagt werden.

Der Beschluß, eine Fahne anzuschaffen, wurde im Jahre 1925 gefaßt, und zwar mit der Auffassung der anständig denkenden Mitglieder des Vereins, die Fahne aus Mitteln des Vereins oder deren Mitglieder zu beschaffen. Aber: Die Vorstandsmitglieder gingen schnorren und zwar bei den Konditormeistern, ihren Arbeitgebern. Die Breslauer Konditormeister sahen ein, daß eine Fahnenspende pro Mitglied von 20—30 Mark kein allzu großes Loch in ihre wohlgefüllten Börsen riß, und gaben, was von den führenden Geistern des Vereins gewünscht würde, um als Gegenleistung einer Jubiläums- und Fahnenweihfeier beizuwohnen.

Die Feier wurde eingeleitet durch die Ansprache des Herrn Ventur, welcher zunächst den Arbeitgebern seinen Dank für die reichlichen Geldspenden aussprach, und am Schlusse seiner Ausführungen den Appell an die anwesenden Gehilfen richtete in bezug auf das Verbot der Sonntagsarbeit den Meistern in weitgehendster Form entgegenzukommen, damit die bestehende Verordnung über das Verbot der Sonntagsarbeit in den Konditoreien eine wesentliche Aenderung erführe. Seinen Ausführungen folgte nun die Weihe der neuen Fahne, welche von einem Geistlichen, dem Kuratus Herrn Radler, geweiht wurde. Auch die Ausführungen dieses Geistlichen waren ganz im Sinne der Arbeitgeber eingestellt. Unter anderem sagte er, das höchste Ziel der Gehilfenschaft müßte sein, das gute Verhältnis zwischen den Gehilfen und Meistern mehr und mehr auszubauen, und um dieses Ziel zu erreichen, müßte viel mehr als jetzt gearbeitet werden, denn nur Arbeit und noch einmal Arbeit wäre die Grundlage alles Guten und Schönen. Daß der Obermeister Müller der Breslauer Konditoren-Innung einige Worte an die Festversammlung richtete, war nicht zu verwundern, zumal derselbe auch früher führendes Mitglied im Konditorgehilfen-Verein war, und es seinerzeit als Gehilfe viel besser verstanden hat seine Interessen zu vertreten als die heutigen Führer des Vereins.

Wie weit die Selbsteinschätzung der Festveranstalter geht, ist aus dem Festliede ersichtlich, das gemeinsam gesungen wurde und folgenden Vers enthält:

Doch die Zuckerbäcker leiden, wie man kann so manchmal seh'n,
Schon seit altersgrauen Zeiten, alle etwas an den Spleen;
Dieses Uebel ganz zu heben ist bemüht so mancher Mann,
Doch zum Schluß hat sich ergeben, daß der Zucker schuld daran.

Ob der Dichter des Liedes von einem bösen Geist beherrscht ward als er diese Zeilen schrieb, wissen wir nicht.

Süß Heil!

Die Lohnbewegung im französischen Bergbau hat durch die Vermittlung des Arbeitsministers und des Ministers für öffentliche Arbeiten fast überall zu einer Einigung zwischen den Bergleuten und den Grubenbesitzern geführt. In den wenigen Kohlen- und Eisenbezirken, in denen die Verhandlungen noch andauern, hofft man ebenfalls zu einem befriedigenden Abschluß zu kommen. Das Ergebnis einer Rundfrage des Bergarbeiterverbandes über die Durchführung eines Generalstreiks ist eine übergroße Mehrheit zugunsten des Eintritts in den Streik gewesen. Angesichts des günstigen Verlaufs, den mittlerweile die Lohnverhandlungen angenommen haben, glaubt man jedoch, daß eine unmittelbare Streikgefahr nicht mehr besteht.

Die Arbeitslosenzahl in Berlin hat in der vergangenen Woche eine Steigerung um rund 10 000 Personen erfahren. Die Erwerbslosenziffer beträgt jetzt insgesamt 242 815, von denen etwa 15 Prozent, und zwar 36 000, Angestellte sind. Die jugendlichen Arbeitslosen sollen demnächst in landwirtschaftliche Betriebe überführt werden. Es handelt sich insgesamt um 6500 Personen. Unterstützung bezogen bisher rund 178 000 Männer und Frauen.

Gefahrdung in Berlin. In Berlin fanden am Sonnabend die Wahlen der Verbandsdelegierten im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller statt. Die Moskauer, an deren Spitze bisher der erste Bevollmächtigte der Berliner Zahlstelle stand, hatten als „Opposition" eine besondere Liste aufgestellt. Sie setzen alles auf, um sich durchzusetzen, und obwohl 50 Prozent der Mitgliedschaft erwerbslos sind, mußte die Moskauer Richtung sich trotzdem mit einer Niederlage begnügen. Sämtliche Kandidaten der Amsterdamer Liste wurden gewählt. Auch dieses Beispiel zeigt, daß sich der alte gewerkschaftliche Geist auf die Dauer doch durchsetzt.

Wirtschaft.

Neuordnung des Patentrechts in Rußland.

Das Reichspatentamt teilt uns mit: Ueber 11 Jahre waren in Rußland die Deutschen ihrer gewerblichen Schutzrechte beraubt. Dieser für Handel und Industrie in Rußland und Deutschland gleicherweise schädliche Zustand soll durch zwei neue Gesetze beseitigt werden.

Zunächst ist in Rußland ein neues Patengesetz in Kraft getreten, nach dem unterschiedslos Inländer und Ausländer Patente erwerben können. Das russisch-sozialistische Recht an dem privaten gewerblichen Besitz ist damit ausgeschaltet. Das Gesetz schließt sich eng an das deutsche Patentgesetz an. Es sieht eine Prüfung der Patentanmeldungen auf Neuheit, Erfindungseigenschaft und gewerbliche Verwertbarkeit vor und läßt das Einspruchsverfahren zu. Gegen die Entscheidungen der ersten Instanz ist das Beschwerdeverfahren gegeben. Die Erfindung muß, wie in Amerika, von dem Erfinder selbst oder seinem Rechtsnachfolger angemeldet werden. Die Patentdauer beträgt 15 Jahre. Das Patent muß innerhalb von 5 Jahren in Rußland durch eigene Verwertung oder Lizenzen zur Ausführung gebracht sein. Diese Frist kann um 5 Jahre verlängert werden. Die Gebühren sind erst fällig, wenn die durch Patent geschützte Erfindung zur Ausführung gebracht ist, was der Behörde binnen Einmonatsfrist mitgeteilt werden muß, andernfalls das Patent für nichtig erklärt wird.

Weiterhin ist von besonderer Wichtigkeit für Erfinder das (im Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, Seite 3 ff. im Auszug im Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen 1926, Seite 23 ff. veröffentlichte) Gesetz vom 6. Januar 1926 über die deutsch-russischen Rechts- und Wirtschafts-Verträge vom 12. Oktober 1925, die am 12. März 1926 in Kraft treten. Alle nach dem Kriegsausbruch in Rußland für verfallen erklärten Schutzrechte (Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster, Modelle und Warenzeichen) können auf Antrag mit aller Priorität wieder aufleben. Ferner können alle Deutschen, die vom 1. August 1914 bis zum Inkrafttreten dieses Vertrages in Deutschland ein Patent angemeldet haben, bei der Anmeldung in Rußland die deutsche Priorität derart geltend machen, daß in die Zwischenzeit fallende neuheitsschädliche Tatsachen unwirksam sind. Nur ein Vorbenutzungsrecht Dritter bleibt bestehen. Für Anträge dieser Art sind bestimmte Fristen (6 bis 12 Monate) gesetzt.

Die deutschen Erfinder und die deutsche Industrie haben jetzt zu prüfen, welche ihrer gewerblichen Schutzrechte für die Ausnutzung in Rußland von Wert sind. Die Erwerbung der Schutzrechte in Rußland sichert den Deutschen ein neues Absatzgebiet und dient dem wirtschaftlichen Wohle unseres Vaterlandes.

Der neue russische Ausfuhr-Zolltarif.

Der jetzt in Kraft getretene neue russische Zolltarif (der vierte seit der im Jahre 1923 erfolgten Wiederaufrichtung des Zollsystems) umfaßt 9 ausfuhrzollpflichtige Artikel mit 29 Positionen und 7 ausfuhrverbotene Artikel. Zölle werden nunmehr nur noch erhoben bei Ausfuhr von Kamelen, Pferden, Karakul- und Merino-Hammeln und Schafen, schwarzem Kaviar vom Stör, unverarbeiteten Knochen, Pelzwerk, Bast, Holzmaterial, Santonin, Gummiabfällen, Flachs, Rohflachs und Hede. Ausfuhrverboten sind Waffen, Sprengstoffe, Feldstecher, Flugapparate und deren Teile, annullierte Wertpapiere, archäologische und Kunstgegenstände, Baumwolle, lebende Tauben, Horn vom Saigan-Hirsch, Zitwersamen, Kopf und Samen des Zitwerwermuts. Die Neufestsetzungen der Ausfuhrtelle bedeutet im ersten Jahre für die Staatskasse einen Einnahmeausfall von 3 Millionen Rubel, das heißt 50 Prozent der bisher aus den Ausfuhrzöllen insgesamt vereinnahmten Summen.

Einschränkung der staatlichen polnischen Aufträge.

Infolge der Finanzschwierigkeiten und der eingeleiteten Sparmaßnahmen der polnischen Regierung hat neben anderem auch das Eisenbahnministerium seine Bestellungen stark eingeschränkt und nur in modern eingerichteten Fabriken, wo die Herstellungskosten sich am niedrigsten kalkulieren, die Aufträge bestehen lassen. Wie verlautet, soll die Parowozin Warschau, eine der größten Maschinenfabriken, im Laufe von 12 Jahren vertragsmäßig 360 Lokomotiven liefern; es ist dies der größte Auftrag für die polnischen Bahnen.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Nationaleinkommen der Vereinigten Staaten, soweit er aus den Zahlungen der verschiedenen Zweige der Industrie — das Wort in seinem allergemeinsten amerikanischen Sinne, also mit Einschluß der Landwirtschaft gebraucht — im kontinentalen Teile der Union herrührt, hat sich nach Erhebungen des National Bureau of Economic Research von 55 Prozent im Jahre 1909 auf 58 Prozent im Jahre 1921 gesteigert. Betrug die Gesamthöhe der gezahlten Löhne und Gehälter 1909 14 960 000 000 Dollar, so stieg sie im Jahre 1920 auf 41 560 157 000 Dollar, um 1921 wieder auf 34 700 877 000 Dollar zu sinken. Den größten Anteil an der amerikanischen Lohn- und Gehaltsliste trägt naturgemäß die Fabrikindustrie — er belief sich auf 13 624 401 000 Dollar im Jahre 1919 (= 39 Prozent der Gesamtlöhne und -gehälter), 17 368 540 000 Dollar im Jahre 1920 und 11 050 617 000 Dollar im Jahre 1921; der Anteil der Landwirtschaft, die damit die Tatsache zum Ausdruck bringt, daß sie nur wenig Hilfskräfte beschäftigt, an dieser Lohnliste beträgt nur etwas über 4 Prozent, was nur wenig mehr ist als der vom Bergbau und vom Baugewerbe getragene Anteil an den Gesamtlöhnen. (Die absolute Gesamthöhe der Löhne und Gehälter dürfte sich seit 1921 nicht unbeträchtlich gesteigert haben, ob eine relative Anteilverschiebung daraus resultiert, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich. D. Red.)

Staatskapitalismus in Japan.

In Japan bestehen, wie in einem jüngst erschienenen Artikel in der „Zeitschrift für Geopolitik" entwickelt wird, wichtige Ansätze zum Staatskapitalismus. Zwar wird Japan immer mehr in den Zustand eines hoch entwickelten Privatkapitalismus hineingetrieben; dennoch liegen in den Kulturgewohnheiten des japanischen Volkes große Möglichkeiten für eine öffentliche Bewirtschaftung. Es ist wenig bekannt, daß, während das Privatvermögen auf 73 Milliarden Yen geschätzt wird, auch ein Staatsvermögen im Werte von 12,5 Milliarden Yen vorhanden ist. Die Eisenbahn und die Post werden staatlich bewirtschaftet; es bestehen drei staatliche Monopole, für Tabak, Salz, Kupfer, denen bald auch ein Biermonopol folgen wird. Der Staat ist an kolonialen Unternehmungen, so an der südmandschurischen Eisenbahn, finanziell beteiligt. Der gesteigerte russische Einfluß hat zur weiteren Entwicklung des Staatskapitalismus beigetragen. Dem im vorigen Jahre abgeschlossenen russisch-japanischen Vertrage zufolge werden auf der in russischem Besitz befindlichen Insel Nord-Sachalin die Oelfelder und Kohlengruben durch gemischte Gesellschaften ausgebeutet, wobei der japanische Staat starke finanzielle Beteiligungen erhalten soll. Durch das in Japan bestehende Subventionssystem für Schiffahrt usw. wird eine unmittelbare Beeinflussung der Geschäftsführung dieser Unternehmungen durch den Staat erreicht.

Stickstoffproduktion der Tschechoslowakei unter amerikanischer und französischer Beihilfe. Die Verhandlungen, aus der Luft künstlich Stickstoff zu erzeugen, sind in der Tschechoslowakei wieder angeschnitten. Augenblicklich wird mit französischen und amerikanischen Gruppen verhandelt, welche das notwendige Kapital von 50 Millionen Kronen aufbringen sollen. Die Fabriken sollen in der Gegend von Prag in Pardubitz errichtet werden.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.